

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

12 Jahrgang.

Donnerstag, 27. Oktober 1932

Nr. 254.

Die 40 Stundenwoche wird international erörtert.

Madrid, 26. Oktober. Der Verwaltungsausschuss des Internationalen Arbeitsamtes beschloß nach ganztägiger Debatte mit 18 Stimmen, die Frage der vierzigstündigen Arbeitswoche in der Industrie in das Programm der vorbereitenden Konferenz für die große internationale Arbeitskonferenz aufzunehmen. Diese vorbereitende Konferenz tritt am 10. Jänner 1933 in Genf zusammen.

Um die Regierungsbildung. Ernennung bereits heute?

Prag, 26. Oktober. Auch heute dauerten die Verhandlungen zwischen dem designierten Ministerpräsidenten Malypetr und den einzelnen Koalitionsparteien, vor allem mit den tschechischen Sozialdemokraten, an. Es handelte sich dabei vornehmlich um die Förderung des vom Finanzminister Dr. Trapl ausgearbeiteten Finanzplans. Eine Klärung konnte bis zur Stunde nicht herbeigeführt werden; die Verhandlungen werden daher morgen fortgesetzt werden.

Wie die „Prager Presse“ meldet, hatte Malypetr heute eine anderthalbstündige Unterredung mit dem Präsidenten der Republik, wobei er den Präsidenten über die bisherigen Ergebnisse seiner Verhandlungen mit den Parteien Bericht erstattete.

Das Blatt glaubt, daß trotz der angedeuteten Schwierigkeiten die Kabinettsbildung bereits morgen, am Vorabend des Staatsfeiertages, offiziell vollzogen werden wird.

Das „České Slovo“ spricht sogar davon, daß Malypetr dem Präsidenten heute bereits bestimmte Vorschläge auf Ernennung des neuen Kabinetts gemacht habe, die mit der schon in der Vorwoche bekannt gewordenen Ministerliste identisch sein sollen. Auch das „České Slovo“ stellt die Bildung des neuen Kabinetts für morgen bestimmt in Aussicht.

Wie Frankreich abrüsten will.

Vormilitärische Erziehung usw.

Paris, 26. Oktober. „Quotidien“ macht heute einige Angaben über den Inhalt des französischen Sicherheits- und Abrüstungsplanes, soweit er sich auf den Ausbau des französischen Heeres bezieht. Nach dem Blatt soll der Plan die Herabsetzung der Militärdienstzeit von 12 auf 9 Monate vorsehen. Gerade gegen diesen Teil des Planes hätten Marschall Betain und General Weigand zahlreiche Einwendungen erhoben. Die Zahl der Divisienen würde von 20 auf 12 herabgesetzt werden. Der Plan würde durch eine Organisation von Militärs und eine Erhöhung der Ausbildungsperiode für die Reservisten vervollständigt werden. Außerdem sehe man auch eine besonders aktive militärische Vorbereitung der Jugend vor dem Eintritt in das Heer vor. Zur Durchführung dieser neuen Bestimmungen werde eine durchgreifende Reform der Kadres notwendig. Diese letzten Studien würden erst nach Annahme des Konstruktivplanes in Genf studiert und verwirklicht werden.

Frankreich baut einen 25.000 Tonnen-Kreuzer

Paris, 26. Oktober. (Havas.) Der Marineminister beschloß, aus dem Programm für 1931 den 26.500 Tonnen Panzerkreuzer „Dunkerque“ sofort in Bau zu geben. Diese Entscheidung des Marineministeriums erfolgte, da Deutschland mit dem Bau von Kreuzern vom Typ „Deutschland“ begann.

Abrüstungsaktion der französischen Genossen.

Paris, 26. Oktober. Das sozialistische Blatt „Populaire“ berichtet, daß alle Deputierten und Senatoren der sozialistischen Partei in der nächsten Zeit in ganz Frankreich große Kundgebungen und Volksversammlungen für die Abrüstung und gegen den Krieg veranstalten werden.

Das Kabinett Braun amtiert wieder.

Berlin, 26. Oktober. Das preussische Staatsministerium trat heute vormittags unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Doktor Braun zu einer Kabinettsitzung zusammen. Sämtliche Staatsminister waren anwesend. Die Vertreter Preußens in dem Leipziger Prozeß erstatteten Bericht über die Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof. Die durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofes geschaffene Lage wurde eingehend erörtert.

Ministerpräsident Braun stellte als einheitliche Ansicht des Staatsministeriums fest, daß das Staatsministerium die Entscheidung des Staatsgerichtshofes als maßgebende und zur Entwirrung der Lage geeignete Grundlage betrachte. Das Staatsministerium hat danach nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Befugnisse auszuüben, die ihm nach der Entscheidung weiterhin zustehen. Die Staatsregierung wird diese Befugnisse im Sinne möglichst reibungslosen Zusammenarbeitens mit den anderen verantwortlichen Stellen ausüben. Das Staatsministerium wird sich hierbei lediglich von den Interessen des Reiches und des Landes leiten lassen.

Vor dem Wohlfahrtsministerium in der Leipziger Straße hatte sich während der Anfahrt der preussischen Minister eine größere Menschenmenge angesammelt. Ministerpräsident Braun wurde bei seinem Erscheinen mit Hochrufen empfangen.

Am Nachmittag fand ein Presseempfang der alten Regierung statt, bei dem Ministerpräsident Braun die erschienenen in- und ausländischen Pressevertreter begrüßte.

Ministerpräsident Dr. Braun erklärte u. a., daß das Urteil auch beim preussischen Staatsministerium nicht in allen seinen Teilen volle Befriedigung ausgelöst habe, das Interesse des Landes erheische es aber, sich jetzt auf seinen Rechtsboden zu stellen und an seiner Ausführung loyally mitzuarbeiten. Dr. Braun gab dann seiner Befriedigung Ausdruck, daß der besamerende Vorwurf, das preussische Staatsministerium habe seine Pflichten gegen das Reich verletzt, vom Staatsgerichtshof als unbegründet bezeichnet worden sei. Damit sei die Atmosphäre gereinigt und der Boden für die Ausführung des Urteils gegeben.

Dr. Braun kam dann im einzelnen auf die Schwierigkeiten zu sprechen, die in der Abgrenzung der Funktionen des Reichskommissars und des

Staatsministeriums liegen. Er hoffe, daß auch die Reichsregierung der Auffassung sein werde, daß man einen Ausgleich und einen Weg zur Wahrung der Interessen Preußens und des Reiches finden müsse. Dazu sei viel guter Wille zur Sachlichkeit nötig. Früher sei über den Dualismus zwischen Preußen und dem Reich geklagt worden. Durch die dritte Instanz, den Reichskommissar, sei die Situation nicht leichter geworden und die Reichsregierung werde sich deshalb mit der Frage beschäftigen müssen, ob sich dieser Zustand nach Umfang und Zeitdauer aufrechterhalten lasse.

Auf Anfragen erklärte Dr. Braun zum Schluß, daß eine Fühlungnahme mit dem Reichspräsidenten in Aussicht genommen worden sei. Von einer Fühlungnahme mit dem Reichskanzler, von der in einem Abendblatt die Rede ist, sei ihm nichts bekannt.

Wie das Court-Büro erfährt, hat Ministerialdirektor Dr. Brecht im Auftrage des preussischen Staatsministeriums heute abends eine längere Besprechung mit Staatssekretär Reichner gehabt. Diese Besprechung wird als eine erste Fühlungnahme über die rechtlichen und politischen Fragen bezeichnet, die sich für die Praxis aus dem Leipziger Urteil ergeben.

Aus dieser Darstellung läßt sich entnehmen, daß die Fühlungnahme in den nächsten Tagen weitergeführt werden wird. In welcher Form das geschieht, steht wohl noch nicht ganz fest.

Auch Papen zur Verständigung bereit?

In Arcisles, die dem Reichskommissar nahe stehen, wird erklärt, daß auch bei ihm die Absicht zu einer loyalen Zusammenarbeit bestehe. Natürlich werde der Reichskommissar die Exekutive, die das Leipziger Urteil ihm zuspricht, ausüben, aber das werde sicher in Formen geschehen, die keine neuen Schwierigkeiten schaffen. Nach Auffassung dieser Kreise komme es zunächst darauf an, die Befugnisse, Rechte und Pflichten für die Praxis abzugrenzen, die durch das Reichsgerichtsurteil gegeben sind. Das sei auch schon mit Rücksicht auf die preussischen Beamten auch in den unterstellten Behörden notwendig. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die weiteren Besprechungen jetzt erst einmal einer Klärung dieser Fragen dienen sollen.

Devisenverhandlungen mit Oesterreich.

Wien, 26. Oktober. Heute beginnen in Wien die neuen Verhandlungen zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei über den Zahlungseverkehr und über die Handhabung der Einfuhrzölle zwischen den beiden Ländern.

Die täglichen Krawalle an der Wiener Universität.

Wien, 26. Oktober. Während des heutigen Vortrages des Professors Durigo im philosophischen Institut der Wiener Universität kam es wiederholt zu Ausschreitungen der nationalsozialistischen Studenten, die die vorzeitige Beendigung des Vortrages erzwingen. In der Folge schlugen die Nationalsozialisten die anwesenden Juden und Sozialdemokraten und drängten sie aus dem Saal. Die Ausschreitungen dehnten sich auch auf das anatomische Institut und die juristische Fakultät aus. Im ganzen wurden fünfzehn jüdische und sozialdemokratische Studenten verletzt. Die Universität sowie alle Nebengebäude wurden auf unbestimmte Zeit geschlossen. Der Rektor erließ eine Rundmachung, in der er die neuen Ausschreitungen scharf verurteilt und die Studentenschaft zur Ordnung auffordert.

Einschreiten des amerikanischen Gesandten gefährdet die Prügelfreiheit der Nazis.

Wie uns aus Wien weiter gemeldet wird, wurden bei den heutigen Krawallen auch vier amerikanische Studenten verletzt. Daran hat der ameri-

nische Gesandte beim Bundeskanzler interveniert und in schärfster Weise Gegenung verlangt.

Am Abend hat dann der Rektor vor der Deutschen Studentenschaft eine Rede gehalten, in der er mitteilte, er habe von dem Unterrichtsminister erfahren, daß der amerikanische Gesandte Genehmigung verlangte, und er (der Rektor) habe nur mit größter Mühe die Privilegien der Universität unangefastet erhalten können. Wenn er sich nicht persönlich für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verbürgt hätte, hätte er nicht verhindern können, daß Polizei in die Universität komme.

In einer Kundgebung, die zweifellos unter dem Druck der amerikanischen Intervention erfolgte, erklärte der Rektor, er sei entschlossen, jeder Wiederholung so schwerer Verletzungen der akademischen Ordnung mit äußerster Strenge entgegenzutreten und gegen Aufwiegler unerschrocken, gegebenenfalls auch mit den schärfsten Disziplinarmitteln vorzugehen, unabhängig von den Konsequenzen, die sich strafrechtlich für die Betroffenen ergeben könnten.

Bomben gegen eine Druckerei

Uffenheim (Bayern), 26. Oktober. In das Druckeriegebäude des „Uffenheimer Tageblattes“ wurde heute früh um halb 3 Uhr eine Bombe geworfen, die schweren Schaden an den Maschinen und im Gebäude anrichtete. Bei den Nachbarkäufern wurden die Fensterscheiben zertrümmert. Verletzt wurde niemand.

Das „Uffenheimer Tageblatt“ verfolgt eine unabhängig-nationale Richtung. Der Verleger soll früher der nationalsozialistischen Partei angehört haben, jedoch bereits vor einigen Jahren aus der Partei ausgeschieden sein.

Falsche Hoffnungen.

So oft die Vertrauensmänner unserer Partei zu einer Beratung zusammentreten, um in demokratischer Weise über taktische Fragen zu diskutieren und die Richtung der Politik der Partei festzulegen, regt sich die Hoffnung unserer bürgerlichen wie kommunistischen Gegner, nun werde endlich das lange Erwartete eintreten: eine Spaltung, oder wenigstens ein tiefer Riß im ideellen und organisatorischen Gefüge unserer Partei. Keiner dieser Gegner kann etwas auch nur annähernd Ähnliches unseren Parteitag gegenüber stellen, eine freie Diskussion, in der öffentlich und ungezwungen verschiedenartige Meinungen ausgetauscht werden, ist ihnen unvorstellbar. Daher wittern sie bei jeder auftauchenden Meinung, die von der augenblicklichen Taktik der Partei abweicht, Morgenluft und prophezeien ihren bevorstehenden Zerfall, dadurch verrätend, daß ihnen nichts willkommener wäre, als ein Krach in unseren Reihen. So weitgespannt sind diesmal die Hoffnungen unserer Gegner auf unseren bevorstehenden Parteitag allerdings nicht, aber mit hämischer Freude weisen sie auf einige der von uns veröffentlichten Anträge zum Parteitag hin, aus denen sie ein offenkundiges „Rißtraben“ gegen die Parteiführung herauslesen wollen. Weil ein noch festzustellender Teil unserer Parteimitgliedschaft gegen die Fortsetzung der Beteiligung an der Regierung ist, folgern unsere Gegner hochfroh, die Partei sei auf dem besten Wege, sich gegen die Führer aufzulehnen. Es sei immerhin „bemerkenswert“, daß sich wenigstens ein Teil der deutschen Arbeiter auf sich selbst besinnt und deutlich macht, wie iate er es hat, am Gängelband einer parteipolitischen Taktik zu hängen, die mit der Vertretung der Interessen des deutschen Arbeitsplatzes nichts zu tun hat. Wer diese letztere Hoffnung ausdrückt, ist das Hauptorgan der deutschen Arbeiterpartei, sicher also eine höchst zuständige Instanz, an die deutschen Arbeiter wohlmeinende Ratschläge auszuerteilen. Im übrigen sind die Erwartungen unserer bürgerlichen Gegner auf die bevorstehende Auseinandersetzung über die Frage der Koalitionspolitik, die nicht, wie sie behaupten, hinter „dicht verschlossenen Türen“ vor sich gehen wird, sehr herabgeschraubt.

Weil hoffnungsfelder sind die Kommunisten. Immer sind sie darauf aus, zu versuchen, ob es nicht doch möglich ist, zwischen den sozialdemokratischen Arbeitern und ihren freigewählten Vertrauensmännern einen Spalt aufzureißen. Zu diesem Zweck operieren sie immer wieder mit dem Schwindel der „Einheitsfront von unten“ und mit noch vielen anderen Tricks, mit denen sie wenigstens ein paar unflure oder malkontente Mitläufer von unserer Partei weglocken möchten. Und so haben auch etliche der Anträge unserer Organisationen zum Parteitag es ihnen angetan. In der sozialdemokratischen Partei bestehen, wie einzelne der Anträge belegen, geteilte Meinungen über die Richtigkeit der Fortführung der Koalitionspolitik und schon läßt die beflügelte Phantasie der kommunistischen Klopfflechter nicht nur schwerwiegende Differenzen zwischen Partei und Führung, ja sogar eine „Rebellion“ gegen die Führung vor ihren Augen entstehen. Der Widerstand gegen die Theorie und Politik der Führer wächst, so verstanden die kommunistischen Skribenten — was liegt näher, als der Gedanke, daß alle diese Unzufriedenen kein stärkeres Verlangen tragen, als dies, so rasch wie möglich zu der kommunistischen Hinterlistigkeiten, wo beinahe nicht die Führer, sondern die Masse die Haltung und Politik der Partei bestimmen und denen anzugehören nach den bisherigen Erfolgen der Partei höchste Glückseligkeit bedeutet. Sie schöpfen also aus den Anträgen die Ueberzeugung, daß die Mitglieder unserer Par-

Eine Brüningsversammlung aufgelogen.

Vorbereitete Demonstrationen der Nazis.

Bamberg, 26. Oktober. Anlässlich der Brüningsversammlung kam es auf den Straßen zu starken Ausschreitungen. Vor den Sälen sammelten sich große Menschenmengen, die Brünings mit starken Beschimpfungen empfingen. Nach Beginn der Versammlungen begann auf den Straßen ein berartiger Lärm, daß die Polizei die Straßen räumen mußte, weil man den Redner im Versammlungsraum überhaupt nicht hören konnte. Landespolizei wurde mit Steinwürfen empfangen. Auf der Fahrt zum Hotel wurde gegen den Kraftwagen, in dem Dr. Brünings saß, ein Stein geschleudert, der ein Wagenfenster zertrümmerte.

Die Demonstranten waren meist junge Leute verschiedener Parteirichtungen, unter ihnen in besonders großer Anzahl Angehörige der NSDAP. Die Demonstration war, wie die Polizei mitteilt, planmäßig organisiert. Die Polizei hat drei Verletzte zu beklagen.

Bei endlich die „arbeiterfeindliche“ Politik der Partei- und Gewerkschaftsführung zu durchschauen beginnen und hier suchen die kommunistischen Nattenfänger nun mit ihren lockenden Schalmeln einzusetzen.

Was wird auf unserem Parteitage nach kommunistischer Behauptung geschehen? Einer offenen Diskussion wird zum Unterschiede der Praxis, wie sie bei den Kommunisten angeblich üblich ist, ausgewichen werden. Ja, die Kommunisten, die können es sich erlauben, vor den Parteitag in aller Öffentlichkeit offen zu diskutieren, denn sie haben — man lache nicht — „nichts zu verbergen“, wohingegen die sozialdemokratischen Führer, die sich „Demokraten“ nennen, eine solche freie Auseinandersetzung fürchten, wie der Teufel das Weihwasser. Die Mitgliedschaft darf zu Hause knurren, auf dem Parteitage dürfe sie nicht zu Worte kommen und darum sind die Kommunisten hüftbereit genug, ihr beizustehen. Großmütig machen sie den sozialdemokratischen Arbeitern das Angebot, sich — in der kommunistischen Presse (?) über das, was sie bedrückt, auszusprechen. Liebevoll reden sie ihnen zu, sich doch Klarheit über den weiteren Weg ihres Kampfes zu schaffen und das könne nur geschehen, wenn sie die Spalten der kommunistischen Presse benötigen, um „sich mit uns kameradschaftlich über alle jene Fragen auszusprechen, die sie vor dem Parteitage so sehr bewegen“.

Der „Vorschlag“ ist so geschickt, daß er schon in Dummheit umschlägt. Um sich Klarheit zu schaffen, dazu werden unsere Genossen — ausgerechnet! — zu den Kommunisten laufen, um die uneigenmütige Gastfreundschaft der kommunistischen Presse in Anspruch zu nehmen! Ausgerechnet zu den Kommunisten, die nicht einmal ihre eigene Politik und Taktik frei bestimmen dürfen, sondern die ihnen von Moskau aus anbefohlen wird und die sie betreiben müssen, auch wenn sie sie tausendmal als schädlich für die Arbeiterklasse und als verbrecherisch erkennen! Nicht nur die Taktik wird ihnen kommandiert, es werden ihnen auch die Führer aufgedrückt! Und wehe einem von ihnen, wenn er nur im geringsten eine „Abweichung“ begeht! Eben jetzt geht durch dieselbe kommunistische Presse, die sich als Hüterin der Meinungsfreiheit der sozialdemokratischen Arbeiter geriert, ein Freudengeheul über die Maßregelung des kommunistischen Führers Heinz Neumann in Deutschland — eine sonderbare Partei, die den Hinauswurf ihrer Führer regelmäßig mit Freudengeheul begrüßt! Und was hat dieser Heinz Neumann verbrochen? Hören wir den Reichsberger „Vorwärts“: „Ein besonderes Hindernis für die breite Massenarbeit zur Lösung der wertvollen Massenanhänger von der Hitlerpartei war die von Heinz Neumann verfolgte Lösung: Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ Der Mann ist zu scharf gegen die Dalenkreuzfaschisten losgegangen, das hat genügt, damit ihm in Moskau der Strid gedreht wurde! Eine solche unduldsame Partei von Bogoden und Marionetten möchte sich als Hüterin der Meinungsfreiheit — bei uns, nicht bei ihnen! — aufspielen!

Es kann den Herren von links und von rechts heute schon gesagt werden, daß ihre Hoffnungen sich als trügerisch erweisen werden. Mit keiner der in unserer Partei herrschenden Meinungen wird hinter dem Berge gehalten werden, schließlich wird es so bleiben, wie es immer war: die Partei wird jene Politik befolgen, wie sie von der Mehrheit der Parteimitglieder bestimmt wird. Mit dem „Misstrauen“ wird es ebensowenig etwas werden, wie mit der „Rebellion“!

IRMGARD KEUN: Gilgi eine von uns

32)

There's a rainbow round my shoulder... Alter holländischer Schiffer! Versteht man nicht ganz, was ihm nun daran so gefiel. Kommt auch gar nicht drauf an, daß man alles versteht, Hauptsache: er hat Freude gehabt. Warum? Furchtbar egal. Man hat eine heilige Achtung davor zu haben! Vor den Freunden des andern. Söhnen sich gegenseitig alle Schmerzen, die Menschen, sind dann oft nett und Anteilnahmebereit — und sind meist so nichttraulich und unwillig gegen fremde kleine Freunde anders gerichteten Sinnes. Knister: der Brief unterm Kopfkissen, man woll' was sagen — Arbeitsnachweis... „war so schön heut nacht da unten, Gilgchen, hab' so gewünscht, du wärst bei mir gewesen.“ Arbeitsna... bleibt einem jedes Wort in der Kehle stecken... hab' so gewünscht, du wärst bei mir gewesen... könnt' man gleich laut losheulen vor Glück. So dumm auch — ist wirklich unmöglich, Martin mit solchen Dingen zu kommen. Sehn einem ganz plötzlich so'n bißchen die Augen auf für die Art seines Wesens. Ein kleines Verstehen von Warum und Woju. Man fühlt den Zauber seiner Unbekümmertheit, Unbeschwertheit, seine liebenswürdige Bereitschaft, sich an allem zu freuen und alles ernst zu nehmen in der Freude, alles wichtiger zu finden als sich selbst. Er ist mit seinem Verstand den dreietapigen Weg gegangen — vom Einfachen übers Komplizierte wieder zum Einfachen. Ist klug genug, um nicht mehr klug zu reden, braucht nicht alles zu sagen, was er weiß. Ist nicht geistreich — sind so ekelhaft, geistreiche Leute — und wer wirklich Geist hat, braucht doch nicht geistreich zu sein.

Ist ein richtiger Mensch, der Martin — was grande chose — aber echt und wirklich, und er ist wunderbar, so wie er ist, man will ihn nicht anders haben, kein bißchen anders.

„Martin, daß du gar nicht müde bist! Geh, sei lieb, hol' mir die dicke Apfelsine aus dem Eßzimmer... Schäl' sie mir, ja? Tu ich so ungern... — Du, Martin, weißt du, es ist doch eigentlich furchtbar Quatsch, was so geredet wird — zum Beispiel: wenn eine Frau einen Mann liebt, will sie stolz auf ihn sein und Achtung vor ihm haben! Ist gar nicht wahr. Wenn man einen Mann liebt, dann will man nicht stolz auf ihn sein, dann ist man einfach stolz auf ihn, furchtbar stolz — ist gar nicht anders möglich — ganz gleich, ob's nu der Exkaiser von China ist oder Willy Frisch oder ein Bußliger, der an 'ner Straßenecke Radischeschen verkauft. Und Achtung! Na, damit lockte keinen Hund vor'n Esen. Was nützte mir schon der fabelhafteste Gelehrte, wenn er nicht richtig zu küssen versteht!“

Es passiert ein Wunder: Martin arbeitet drei Tage hintereinander — Tag und Nacht. Gilgi geht auf Fußspitzen durch die Wohnung. Stellt ihm lautlos das selbstgekochte Mittagessen auf den Schreibtisch — verschwindet wieder. Nachher sind ein paar Sätze auf den beschriebenen Bogen nicht mehr zu lesen, weil Spinnasche drauf sind — wird man morgen Blumenkohl kochen.

Gilgi ist auf sich selbst angewiesen. Ihr fällt ein, daß sie nichts Rechtes mehr anzuziehen hat. Lieber aufhängen als schlampig herumlaufen. Frühjahrs- und Sommergarderobe muß in Ordnung gebracht werden. Gut, daß man Zeit dazu hat. Am Nachmittag geht sie zur Spartasse, läßt

sich von ihren zweihundert Mark fünfhundert auszahlen. Erstens muß man Stoff kaufen, Schuhe, einen Hut — Handschuhe — Gott, hat man auf einmal viel nötig. Badesalz, bißchen



In der Sparkasse

Phot. Petromont.

Parfüm, Puder... „erst Puder und Parfüm — dann Essen“, sagt Olga immer. Liegt eine tiefe Wahrheit drin. Na, und im übrigen wird man zum Haushalt beisteuern, braucht Martin gar nicht zu merken. Mal sehen, ob man nicht heimlich, still und leise doch noch so' bißchen Ordnung in die Geschichte bekommt.

Am Abend tobt Gilgi an der Nähmaschine — die halbe Nacht: muß schnell fertig gearbeitet

Weißer Zähne: Chlorodont

Der Stibrony-Prozess.

Die abgewiesene Ringhoffer-Deputation.

Jglau, 26. Oktober. Der vierzehnte Tag des Prozesses gegen Stibrony und Strohoff wurde mit der Mitteilung des Vorsitzenden eröffnet, daß sich die für den heutigen Tag vorgeladenen Zeugen, die Abgeordneten Hampf und Roudelka, nicht eingefunden haben.

Es wurden die Akten des Ministerratspräsidiums, die sich auf die Verhandlungen über die für den Ankauf der Waggons im Jahre 1920 notwendigen Kredite beziehen, und das schriftliche Material des Eisenbahnministeriums über die Waggonlieferung vorlesen. Der Zeuge Augustin Marek, ehemaliger Tischler, gibt an, daß er im Jahre 1920 Vorsitzender des Betriebsausschusses in der Waggonfabrik Ringhoffer war und in einer Deputation, an deren Spitze Sekretär Hampf und Redakteur Nimra standen, im Eisenbahnministerium bei Stibrony interveniert hat. Stibrony erklärte ihnen, daß ihre Firma zu teuer sei, dann sagte er aber, daß bereits wegen einer Versicherung aus Deutschland verhandelt werde, und schließlich erklärte er, daß die Bestellung in Deutschland schon verwirklicht worden sei. Die Deputation sei mit seltsamen Gefühlen fortgegangen. Auf Befragen erklärt der Zeuge, daß ihre Firma mit etwa 4000 Arbeitern jährlich in der Lage gewesen wäre, bis zur Rüdensampagne 1000 Waggons zu liefern, wenn die gesamte Arbeiterschaft in zwei Schichten gearbeitet hätte.

Da die für den heutigen Tag vorgeladenen Zeugen nicht erschienen, fand nachmittags keine Verhandlung statt.

Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper.

Beratungen der deutschen Parteien.

Prag, 26. Oktober. Heute hat eine Beratung des Verbandes mit den deutschen politischen Parteien stattgefunden. Gegenstand der Beratung war das Verhältnis der deutschen politischen Parteien zum Verbands- und innerhalb des Verbandes zueinander und die Erneuerung der Grundlagen, auf denen der Verband seinerzeit errichtet worden ist. Veranlassung zur Beratung bot die sich immer mehr verschärfende Finanzlage und die Arbeitslosigkeit in den Gemeinden, die ein möglichst einverständliches Zusammenarbeiten mit den parlamentarischen Parteien erfordern. Es waren als Vertreter der im Vorstände vertretenen politischen Parteien: Bund der Landwirte: Parteivorsitzmann Peterle, die Hauptgeschäftsführer Konanich und Graf; Deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft: Abgeordneter Dr. Bacher und Senator Kollsta; Deutsche christlichsozialistische Volkspartei: Abgeordneter Kunz, Landesauschussleiter Dr. Ritter; Deutsche Gewerkschaften: Senator Lidy, Bizebürgermeister Endler; Deutsche Nationalpartei: Bizebürgermeister Dr. Schöppe; Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei: die Abgeordneten Jng. Jung und Kress; Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei: Abgeordneter Arnsperger, außerdem die Vertreter der Stadt-

werden so'n Kleid, sonst verliert man die Luft dran. Und am nächsten Morgen wird zum Arbeitsnachweis gegangen. Einwas über dreizehn Mark wird man die Woche kriegen. Kann man doch mitnehmen, das Geld! „Ruhst du doch einsehn, Martin — über fünfzig Mark im Monat für nichts und wieder nichts! Ist doch kein Dreck!“

„Na, ja, wenn das so eine Art Rente ist...“ Martin hat mal eine Offizierswitwe gekannt, die hat auch... Zweckloses Unterfangen, ihm Sinn und Bedeutung sozialer Einrichtungen klarzumachen, das versteht er doch nicht — versucht man's also erst gar nicht.

„Gilgi, ich hab' mir von einem Freund zweitausend Mark schicken lassen, sollen wir fortfahren?“

Gilgi erschrickt. „Rein.“

„Warum denn nicht?“

„Kann das nicht, Martin — versteh' mich doch — gibt doch für jeden was, das er nicht kann. Ich kann nicht aufs Geratewohl mit gestohlenen Geld ins Blaue hineinfahren. Ich bin kein Spieler und ich bin auch nicht feige, aber was ich tu, muß ich übersehn und auf eigenes Risiko tun können. Ich kann nicht so mit Haut und Haaren auf jemanden angewiesen sein und wenn's der mir liebste Mensch auf der Welt ist — dann vielleicht erst recht nicht.“

Schick deinem Freund das Geld zurück — oder laß uns Schulden damit bezahlen — mit gullebe, Martin...“

Tausend Einwände von Martin, tausend Einwände von Gilgi — und es gibt noch einen tausenduntersten Einwand — gibt ihn vielleicht — man kann noch nicht drüber sprechen. Großer Gott — teuer bezahltes Glück! Keine Möglichkeit festzubalten, keine...“

„Martin, sei gut, sei vernünftig. Kann doch keiner raus aus seiner Haut. Sieh mal, ich hätte dich weniger lieb, wenn ich so hilflos bei dir im Schlepptau hinge. Ich doch ein Grund, das — oder nicht? Willst du, daß ich dich weniger lieb haben soll?“ „Rein, das will er nicht, muß sie wohl lieber haben, die Kleine, als er weiß, daß ihn beim bloßen Gedanken an diese Möglichkeit frisiert.“

(Fortsetzung folgt.)

gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern. Nach einem einleitenden Referat des Geschäftsführers des Verbandes, Dr. Seifert, wurde einvernehmlich von allen Anwesenden folgende Entschlieung angenommen:

„Die am 26. Oktober 1932 versammelten Vertreter der im Verbands der deutschen Selbstverwaltungskörper vereinigten politischen Parteien erklären:

Die Arbeitslosigkeit der Tätigkeit des Verbandes bildet die bei seiner Gründung getroffene Vereinbarung der Vertreter der politischen Parteien, daß in den Organen des Verbandes Beschlüsse nur einstimmig gefaßt werden können, wenn nicht etwa von Fall zu Fall vorher ein Abgehen von dieser Regel vereinbart wurde. Es ist also klar, daß der Verband eine Tätigkeit dort nicht entfalten kann, wo eine Übereinstimmung der Vertreter der politischen Parteien im Vorstände nicht vorliegt. Daraus folgt, daß der Verband im Wesen eine juristisch-administrative und kommunal-wirtschaftliche Beratungsstelle der deutschen Gemeinden ist, deren Tätigkeit sich nur im Rahmen der für die Gemeinden geltenden Gesetze abspielen und die in legislativ-sicher, ganz besonders aber in politischer Hinsicht, soweit sie überhaupt vereinsgesellschaftlich möglich ist, nur dann und nur insoweit eingreifen kann, als Nebereinstimmung in den Anschauungen der Vertreter der politischen Parteien im Vorstände in Taktik und Sache besteht. Der Kampf der Parteien in den öffentlich-rechtlichen Gemeindevertretungen und den Parlamenten kann unmöglich auf die Plattform des Verbandes übertragen werden, weil er im Wesen ein Kampf um politische oder kommunalpolitische Macht und Geltung ist und sich dort in der Form des Mehrheitsbeschlusses äußert, der von der Minderheit anerkannt werden muß, ohne daß davon die Zusammenfassung dieser Körper berührt würde. Eine Tätigkeit des Verbandes gegen den Willen und die Anschauungen auch nur eines Vertreters der einen oder anderen Partei im Vorstände oder wäre für diese auf dem Boden einer freiwillig nach dem Vereinsgesetz gebildeten Körperschaft untragbar und hätte zwangsläufig zur Folge, daß Parteivertreter innerhalb der Gemeindevertretungen gegen die Mitgliedschaft beim Verbands auftraten. Damit wäre dem Verbands die Grundlage entzogen. Im vollen Bewußtsein der beschränkten Mittel, die dem Verbands in seinem Bestreben nach Schutz und Erhaltung der Selbstverwaltung, zumal der deutschen Selbstverwaltung, unter den gegebenen Verhältnissen zu Gebote stehen, anerkennen die Vertreter der politischen Parteien den Verband als beratendes Hilfsorgan der Gemeinden und der Parteien selbst und bekräftigen seine Grundlage.

Die Vertreter der politischen Parteien anerkennen das bisherige Bestreben der Verbandsorgane, den Gemeinden als Sammelstelle für kommunalpolitisch und kommunalwirtschaftlich unter den so schwierigen Verhältnissen nach besten Kräften zu dienen und erwarten von ihren Parteistellen auch für die Zukunft die mögliche Förderung des Verbandes im Interesse der Gesamtheit.

Die Verbandsleitung wird ersucht, von Zeit zu Zeit, insbesondere beim Austritt neuer, wichtiger Gemeindeorgane gemeinsame Beratungen des Verbandes mit den Parteivorständen anzusetzen.“

Der böhmische Landesvoranschlag ohne Aenderungen angenommen.

Prag, 26. Oktober. Die böhmische Landesvertretung beendete heute nach zehn Sitzungstagen die Beratung des Landesvoranschlages für das kommende Jahr und nahm nach dem Schlussvorte des Finanzreferenten Dr. Kubista das Budget ohne Aenderungen an. Gleichzeitig wurde über die zahlreichen Anträge abgestimmt, wobei sämtliche von den deutschen Sozialdemokraten eingebrachten Anträge dem Landespräsidenten, bezogen dem Landesauschuss zur Erledigung zugewiesen oder an die zuständigen Kommissionen zur weiteren Behandlung geleitet wurden. Es sind dies u. a.:

Der Antrag des Genossen Pözl:

Der Landesauschuss wird beauftragt, im Einvernehmen mit der Landesbehörde und den hierfür in Betracht kommenden Selbstverwaltungskörpern dafür zu sorgen, daß in allen Verwaltungsbezirken die für die kleinen und mittleren Gemeinden notwendige Beratung und Hilfe in Verwaltungsorganisatorischen und technischen Angelegenheiten vorhanden ist. Zur Durchführung dieser Einrichtung sind bezirksweise Zweckverbände dieser Gemeinden zu gründen, deren Aufgabe es ist, die hierfür notwendigen Beamtenstellen zu schaffen, mit entsprechend vorgebildeten Angestellten zu besetzen und gemeinsam nach einem zu vereinbarenden Schlüssel (entweder Steuergrundlage oder Einwohnerzahl oder beides) für die Bedienung der Ausgaben, die durch Errichtung dieser Stellen erwachsen, zu sorgen.

Die Anträge des Genossen Halo:

Die Landesvertretung ersucht den Herrn Landespräsidenten, Vorsorge zu treffen, daß das Landesgesetz Nr. 38 vom 20. April 1870 betreffend den Schutz der Bodenkultur gegen Verheerung durch Raupen, Käfler und andere schädliche Insekten überall genau eingehalten werde.

Der Herr Landespräsident wird ersucht, mit dem Ministerium für Landwirtschaft in Verbindung zu treten, damit die Sprengel der landwirtschaftlichen Volkshilfsschulen erweitert und möglichst auf einen Gerichtsbezirk ausgedehnt werden.

Die Anträge der Genossin Schaffer:

Die Landesvertretung ersucht den Herrn Landespräsidenten, die Regierung auf die Notwendigkeit der raschesten Infraktion des Gesetzes über die obligatorische Stellenvermittlung ausmerksam zu machen, um einer planmäßigen Regulierung des Arbeitsmarktes zu kommen.

Ein weiterer Antrag der Genossin Schaffer verlangt Schaffung besonderer Kurse für Arbeitslose an den gewerblichen Fortbildungsschulen.

Angenommen wurden ferner Anträge der Genossin Deutsch zugunsten der deutschen Theater und der deutschen Musikakademie, sowie der gemeinsame Antrag der beiden sozialdemokratischen Klubs

Ihr die Landesangestellten:

Die Landesvertretung erklärt, daß ein Abbau der Gehälter der Landesangestellten und Beamten auf Grund des Paragraphen 212 des Gehaltsgesetzes mit Rücksicht auf den Stand der Landesfinanzen nicht notwendig ist. Die Landesvertretung spricht sich daher gegen die Herabsetzung der Gehälter der Landesangestellten aus.

Nach der Abstimmung nahm die Landesvertretung den Bericht über den Stand der Selbstverwaltungsfinanzen zur Kenntnis und bevollmächtigte den Landesauschuss, über die Aufnahme der 50-Millionen-Anleihe zu verhandeln.

Die Landesvertretung wird am 3. und 4. November nochmals zusammentreten, um die übrige Tagesordnung der Herbstsession zu erledigen.

Landesvertretung für 40 Stundenwoche!

Genossin Schaffer brachte während der Budgetberatung folgenden Resolutionsantrag für die 40-Stundenwoche ein, für welche sie sich mit größter Entschiedenheit einsetzte:

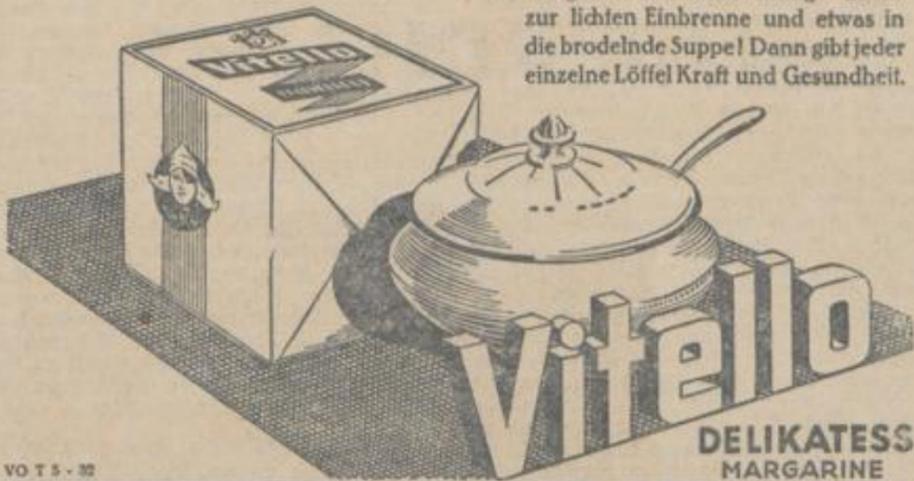
Die Landesvertretung ersucht die Regierung, den Gehaltswort des Ministeriums für soziale Fürsorge betreffend die 40-Stundenwoche als eines der wirksamsten Mittel, einem Teil der Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, einer raschen parlamentarischen Verhandlung und Erledigung zuzuführen.

Bei der gestrigen Abstimmung wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen, womit die Landesvertretung ihrer Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung deutlich Ausdruck gab.

Urteil im „Jungsturm“-Prozess am 5. November.

Brünn, 26. Oktober. (Eigenbericht.) Heute fand der Jungsturm-Prozess mit den Schlussreden der Verteidiger seinen vorläufigen Abschluß, da der Vorsitzende nach dem Plädoyer verkündet werden soll. Der Verteidiger des Angeklagten Horak, Dr. Dub, wies in seiner Verteidigungsrede darauf hin, daß sein Klient gar nicht Mitglied des „Jungsturms“ war, sondern eher dem „Jungsturm“ entgegengekehrt hat und von jeder Schuld freigesprochen werden müsse. Eine besondere Verteidigungsrede hatte sich der Hauptanklagte Dr. Schmatan zu zurechtgelegt, der die Angeklagten einerseits als zu jung, als daß man ihnen politische Beweggründe für ihre Mitgliedschaft beim Jungsturm und ihre Taten unterlegen könne, andererseits als Opfer einer vollkommen verfehlten Erziehung hinstellte.

Ihre Suppe sättigt... nährt sie aber auch?



Suppe sollte mehr leisten, als bloß den Magen zu füllen. Verwenden Sie die nahrhafte, wohlschmeckende Vitello-Margarine zur Zubereitung! Etwas zur lichten Einbrenne und etwas in die brodelnde Suppe! Dann gibt jeder einzelne Löffel Kraft und Gesundheit.

Gemeinden in Not!

Keine Arbeitslosenfürsorge.

Angst vor der Zukunft überfällt einen, wenn man den Bericht liest, der aus 96 Gemeinden mit über 3000 Einwohnern an den Verband deutscher Selbstverwaltungskörper gerichtet wurde. Fast alle Gemeinden, die berichtet haben, stehen vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, sind nicht mehr imstande, ihre dringendsten Pflichten zu erfüllen. Sie erklären durchwegs, an soziale Fürsorge können nicht mehr gedacht werden. Können vielfach die Gehälter und Arbeitslöhne nicht mehr ausbezahlt werden, weil ihre Finanzlage von Monat zu Monat schlechter wird. Lassen wir einige Beispiele sprechen, sie zeigen eindringlich die Notlage der Gemeinden, als wir sie bei Aufbietung des ganzen Vortrages unserer Sprache aufzuzeigen vermöchten.

Landkron hat einen 15- bis 40prozentigen Rückgang der Einnahmen zu verzeichnen, zu dem noch der Abzug eines Umlagenübergewinnes kommt. Löhne und Gehälter können nur mit Hilfe von Kontokorrentdarlehen ausbezahlt werden. Die Unterstufung der Arbeitslosen mußte eingestellt werden, produktive Arbeitslosenfürsorge bleibt aus, weil keine Mittel zur Durchführung derselben beschafft werden können.

Trautman: Ausfall der Umlagen im ersten Halbjahr 1932 ca. 300.000 K, Abzug eines Umlagenübergewinnes. Gehälter und Löhne können nur bezahlt werden, wenn andere dringende Rechnungen unbezahlt bleiben. Arbeitslosenfürsorge ist ausgeschlossen.

Jungbunz: 1931 Gesamtanfall an Einnahmen ca. 300.000 K, Abzug eines Umlagenübergewinnes, so daß die Gemeinde fast 20.000 K monatlich, nur noch 8000 K erhält. Der Rückgang an Darlehensanmieten betrug im ersten Halbjahr 183.000 K. Von 4233 Einwohnern sind 1200 arbeitslos, trotzdem kann für die Arbeitslosen nichts getan werden.

Parishitz: Die Steuerbasis von 80.000 K auf 30.000 K gesunken, 200 Arbeitslose. Notstandsarbeiten können nicht in Angriff genommen werden.

Reichenberg: Die Senkung der Steuergrundlage brachte einen Ausfall von 2,5 Millionen K. Für die Arbeitslosenunterstützung stehen im Winter keine Mittel zur Verfügung.

Charakteristisch ist der Inhalt des Berichtes der Gemeinde **Kothen**. Starke Rückgang der Umlagen und Abgaben. Arbeitslosenfürsorge unmöglich. „Glücklicherweise besteht in der diesigen Gemeinde wenig und unbedeutende Industrie, so daß wesentliche Erschütterungen erst dann eintreten können, wenn jede Lebensmöglichkeit aufgehört hat.“

Dörfel: Steuerbasis von 105.000 K im Jahre 1924 auf 21.000 K im Jahre 1932 gesunken. Gehälter, Löhne und Unterhaltungen müssen in Raten ausbezahlt werden. Schwierigkeiten macht die Beheizung der Schule. Bei 400 Arbeitslosen kann an Hilfeleistung im kommenden Winter nicht gedacht werden.

Jvidau: Die Stadt gleicht einem Industrieleichenhof. Einnahmerrückgang enorm. Löhne und Gehälter können nur ausbezahlt werden, wenn andere Zahlungsverpflichtungen nicht eingelöst werden. Arbeitslosenfürsorge wegen Mangel an Mitteln ausgeschlossen.

Warnsdorf: Katastrophale Verminderung der Einnahmen. Mit privater Hilfe nur konnten in der letzten Zeit Gehälter und Löhne ausbezahlt werden. Arbeitslosenausweisung muß in der nächsten Zeit eingestellt werden, wenn nicht von irgendwem Hilfe kommt.

Schönbühel: Die Umlagenüberweisung um zwei Fünftel gesunken, Abgaben und Gebühren um 10 bis 15 Prozent zurückgegangen. Bei 6601 Einwohnern zählt man 1000 Arbeitslose für die wegen Mangel an Mitteln nicht getan werden kann.

Groß-Schönau: 4483 Einwohner, 355 Arbeitslose. Gemeindeabgaben und Gebühren um ein Drittel gesunken, was einem Ausfall von 10.000 K gleichkommt. Auszahlung der Löhne und Gehälter erfolgt in Raten, laufende Rechnungen können nicht bezahlt werden. Durchführung der produktiven Arbeitslosenfürsorge ist ausgeschlossen.

Wobersdorf: Die Umlagenüberweisungen bleiben gegen die veranschlagten Summen monatlich um

100.000 K zurück. Derzeit 300.000 K fällige Annuitäten unbezahlt. Die weitere Durchführung der Arbeitslosenfürsorge steht in Frage. Die Durchführung von produktiver Arbeitslosenfürsorge scheitert an der Unmöglichkeit von Darlehensaufnahmen.

Teich: Senkung der Steuerbasis um 27 Prozent. Winderträge der Gemeinde bei einem Ertragsrückgang von 6,6 Millionen K: 2 Millionen K. An produktive Arbeitslosenfürsorge ist nicht zu denken.

Steinböden: Die Gemeindeabgaben sind um die Hälfte gesunken. Die Steuergrundlage ist von 194.000 K auf 72.000 K zurückgegangen. Seit langer Zeit erhält die Gemeinde keine Umlagen zugewiesen. Die Gehälter und Löhne werden ratenweise in kleinen Beträgen ausbezahlt. Beim Rentamt erliegen unbezahlte Rechnungen in der Höhe von 180.000 K. Trotz einem vom Ministerium für soziale Fürsorge bewilligten Betrage von 132.000 K kann die Gemeinde produktive Arbeitslosenfürsorge nicht betreiben, weil ihr dazu die Mittel fehlen. Bei 5332 Einwohnern sind 3000 Personen von der Arbeitslosigkeit betroffen.

Krusdorf: 50prozentiger Rückgang der Gemeindeabgaben und Umlagen. Zur Bezahlung der Gehälter und Annuitäten muß laufender Kredit in Anspruch genommen werden. Die Gemeinde vermerkt einen geradezu katastrophalen Rückgang des Wasserumsatzes. Von 3572 Einwohnern beziehen 2000 staatliche Lebensmittelkarten.

Halda: Luftbarkeitsabgabe, Getränkeabgabe und Wasserzins bleiben um 30 bis 40 Prozent hinter den veranschlagten Betrag zurück. Umlagenbasis bei der allgemeinen Erwerbsteuer um 60 Prozent zurückgegangen. Seit Mai bleiben Umlagenüberweisungen aus. Dringende Zahlungen müssen aus laufendem Kredit gedeckt werden. 85 Prozent der Betriebe sind stillgelegt. Die Gemeinde bezeichnet ihre Aussichten als hoffnungslos.

Langenau: Senkung der Abgaben um 35 Prozent. Bei 3327 Einwohnern sind 1600 von der Arbeitslosigkeit betroffen. Die Arbeitslosenfürsorge bleibt aus.

Teplá-Schönau: Eine Stadt mit verhältnismäßig guten Steuerquellen bezeichnet ihre Finanzlage ebenfalls als sehr schlecht, so daß die Juli-Annuitäten von 600.000 K nicht abbezahlt werden konnten. Die Gemeinde ist außerstande, aus eigener Kraft weiterhin die Arbeitslosenfürsorge aufzunehmen. Die Auspeilung der Arbeitslosen, die Gewährung von Mietzuschüssen usw. mußte Ende Juni eingestellt werden.

Turn: Rückgang der Einnahmen. Abzug eines Umlagenübergewinnes um monatlich 30.000 K. Gehälter und Löhne können nur mit Hilfe von Kontokorrentdarlehen bezahlt werden.

Seitz: Zuschlagsgrundlage von 330.000 K auf 187.000 K gesunken. Wegen Umlagenübergewinn sind die Umlagenüberweisungen seit Monaten eingestellt worden. Die Durchführung der produktiven Arbeitslosenfürsorge ist unmöglich.

Komolau: Umlagenausfall gegenüber dem Vorjahr 1 Million K. Infolge Umlagenübergewinn von Dänner bis März keine Umlagenüberweisungen. Die Gemeinde muß Bankkredit in Anspruch nehmen, um Gehälter und Löhne ausbezahlen zu können. Die produktive Arbeitslosenfürsorge kann nicht betrieben werden, für die Unterstufung der Arbeitslosen wird ein Notopfer eingehoben. Die städtischen Betriebe zum Teil passiv. Die Mannesmannröhrenwerke, die früher 3000 Arbeiter beschäftigten, haben heute nur einige hundert Arbeiter im Betriebe.

Höhern: Rückgang der Gemeindeabgaben und Gebühren von 35 bis 40 Prozent. Die Zahlungsverpflichtungen sind gewaltig angewachsen, zur Durchführung der produktiven Arbeitslosenfürsorge stehen keine Mittel zur Verfügung.

Kothau: Die Steuerbasis ist von 305.000 K auf 50.000 K gesunken, die Zuweisung von 30.000 K monatlich auf 5000 K. Die Auszahlung der Gehälter und Löhne macht große Schwierigkeiten, man befürchtet, daß sie in den nächsten Monaten eingestellt werden muß. Rasthäuser und Kindergärten wurden aufgelassen. Bei 3692 Einwohnern zählt man 1092 arbeitslose Männer. Arbeitslosenfürsorge macht große Schwierigkeiten.

Reuttschitz: Bericht 1931 um 1 Million K weniger Umlagen erhalten als angenommen, dazu

ein Umlagenübergewinn von 1,1 Millionen K. Infolgedessen bis August um 900.000 K Umlagenabzug. Gehälter und Löhne können nur durch Vorkasse und Kredite beschafft werden. Der produktiven Arbeitslosenfürsorge stehen geringe Mittel zur Verfügung, die aus der Sammelaktion der Gemeinde kommen.

Jägerndorf: Einnahmerrückgang gegenüber 1927 von 1,5 Millionen K. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf 4000 gestiegen, also auf ein Fünftel der Bevölkerung. Die Auszahlung der Löhne und Gehälter stößt auf große Schwierigkeiten.

Wigstätt: Ausfall der Gemeindeabgaben um mehr als ein Viertel. Ausfall an Umlagen 170.000 Kronen. Löhne und Gehälter können nur durch die Inanspruchnahme von Krediten ausbezahlt werden. Bei 4809 Einwohnern werden 2251, also fast die Hälfte der Bevölkerung, als Arbeitslose gezählt. Trotz aller Anstrengung kann man das Arbeitslosenfürsorgeprogramm nur zum kleinsten Teil durchführen.

Das ist eine Auslese und dazu nur ein knapper Auszug aus den Berichten der einzelnen Gemeinden an den Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper. Er genügt, um darzutun, in welcher furchtbaren Lage sich die deutschen Gemeinden dieses Staates befinden. Er müßte eine Mahnung sein an alle, die über das Geschick der Menschen in der Republik zu entscheiden haben. Eine Mahnung zum raschen Handeln, wenn man nicht will, daß die Wirtschaftslagen unserer Kultur ihren letzten Rest von Wirkungsmöglichkeit einbüßen und aus der Not der Gemeinden das Chaos und der endgültige Zusammenbruch erfolgt. Noch funktioniert die Kommune. Wie lange oder noch, weiß niemand. Wenn man die Berichte aus den Gemeinden, dann zweifelt man daran, daß dieses entsetzliche Schicksal unserer Kommunen noch lange getragen und mit dem Einsatz persönlicher Energien und Opferwilligkeit einer Besserung entgegen geführt werden kann.

Auch in politischer Hinsicht ist der Bericht sehr lehrreich. Er bestätigt die Berechtigung unseres Kampfes gegen Gemeindefinanznot und Verwaltungsreform. Mag sein, daß die Wirtschaftskrise, die der bürgerlichen Ordnung dieser Welt entzweigt, einen wesentlichen Anteil an dem Zusammenbruch der Gemeinden hat, aber eben so sicher ist, daß die Selbstverwaltungskörper ohne die ihr durch die Bürgerkoalition angelegten Fesseln sich der schrecklichen Auswirkungen der Wirtschaftskrise viel erfolgreicher hätte erwehren können, als die nach jeder Richtung hin entzweitete und gebrochene Gemeinde. Deshalb fordern wir in Anbetracht der gräßlichen finanziellen Lage der Kommunen, neben der Sanierung derselben, vor allem die Beilegung der Gesetze, die es den Gemeinden unmöglich machen, sich und damit den Menschen zu helfen.

Theater- und Kunstinstitute am Rande des Ruins.

Zum Kapitel „Kunst und Bildung“ sprach in der Landesvertretung Genossin Deutsch:

Die schwere Theaterkrise kann nicht oft genug betont werden; unseren deutschen Theatern geht es von Jahr zu Jahr schlechter. Wiederholt haben die Organisationen der Selbstverwaltungskörper, der Bühnenunternehmer und der Bühnengestalten über die Möglichkeit von Sparmaßnahmen beraten. Aber bei all diesen Verhandlungen kam man zu dem Ergebnis, daß sich alle Vorkerkungen auf dem Rücken der Theaterangehörigen zu Lasten auswirken würden.

Die Fesseln der Theater steigen von Jahr zu Jahr. Das kuffiger Stadttheater z. B. hat in den letzten Jahren von 1926 bis 1931 Fesseln in der Höhe von rund 2 Millionen gehabt. Bei einer Beratung der theaterhaltenden Städte im Jahre 1931 wurde klar ausgesprochen, daß die Städte nicht mehr in der Lage sind, ihre Theater genügend zu subventionieren. Die Zuwendungen von den Bezirken, vom Land und vom Staat sind ganz unzureichend.

Notwendig wäre die Erlassung der an das Land abzuführenden 12 Prozent der Luftbarkeitsabgabe zugunsten der Gemeinden für die Erhöhung des Theater Etats.

Die Herabsetzung des Landesbeitrages um 10 Prozent gegen das Vorjahr trifft unsere deutschen Provinztheater sehr hart.

Genossin Deutsch hebt dann die Forderungen des Prager deutschen Theaters hervor und legt sich für die deutsche Musikakademie ein. Die deutsche Musikakademie nimmt im Musikleben der deutschen Bevölkerung der Republik denselben Rang ein, den das tschechische Konservatorium für die tschechische Bevölkerung hat. Wie aber ist die Musikakademie gegenüber dem Staatskonservatorium benachteiligt! Der Gesamtanfall der deutschen Musikakademie betrug in den letzten Jahren 132.263 bzw. 617.372 K jährlich. Um das Budget halbwegs ins Gleichgewicht zu bringen, mußte der Betrieb ganz unerhöht gedrosselt werden. Es mußten Professoren entlassen und Gehaltsaufzüge vorgenommen werden. Man hat aber auch Maßnahmen getroffen, die die Schüler treffen und vor allem die Bedürftigsten benachteiligen. Man hat das Schulgeld erhöhen müssen, man hat Freiplätze suspendieren müssen. Wir müssen leider täglich mit Schmerzen konstatieren, wie wenig Verständnis für die Notwendigkeiten unseres kulturellen Lebens, für unsere Theater, unsere Musikakademie, unser ganzes Kunstleben vorhanden ist.

Tagesneuigkeiten

Gewaltiges Interesse für unseren Parteitag.

Bisher über 600 Teilnehmer gemeldet.

Nach den vorliegenden Anmeldungen zu schließen, wird der am Samstag beginnende Parteitag in Prag die größte politische Tagung der jugoslawischen Arbeiterbewegung seit dem Karlsbader Jubiläumskongress sein. Bisher sind 442 Delegierte und 160 Gäste angemeldet. Auch die Frauen-Reichskonferenz wird von über 100 Genossinnen besucht sein. Unter den Parteitagdelegierten befindet sich auch eine größere Anzahl von arbeitslosen Genossen, da auf Wunsch des Parteivorstandes bei der Delegationen gerade auf diese Schicht besondere Rücksicht zu nehmen war, deren Schicksalsproblem im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen wird. Bei dem außerordentlichen Interesse, welches in allen Organisationen für den Parteitag herrscht, ist fast zu befürchten, daß sich der große Saal der Produktionsstätte für den gewaltigen Andrang der Teilnehmer als zu klein erweisen wird.

Als Vertreter der österreichischen Bruderpartei wird der Präsident des Nationalrates, unser alter Freund Genosse Dr. Karl Renner kommen. Von der Frauen-Reichskonferenz wird an dem Parteitage die Nationalrätin Genossin Edelheid Popp, die Vorsitzende der österreichischen Frauenbewegung, teilnehmen. Die als Referent auf der Frauenkonferenz angekündigte Reichstagsabgeordnete, Genossin Toni Sender, wird trotz den Verpflichtungen des Wahlkampfes herüberkommen. Von der ungarischen Bruderpartei ist der Sekretär ihrer Parlamentarierfraktion, Genosse Manus, als Delegierter gemeldet. Außerdem wird eine größere Abordnung der tschechischen Bruderpartei den Parteitagsgesprächen beiwohnen. Somit ist zu hoffen, daß auch das äußere Bild des Parteitages ein Zeugnis der ungebrochenen Schlagkraft unserer Partei und ihrer internationalen Verbundenheit mit den Bruderparteien darbieten wird.

Betrieb kaum im Gang — 28 Arbeiter gasvergiftet!

Rosenberg (Oberpfalz), 26. Oktober. Bei der Wiederinbetriebung der bisher stillgelegten Hochöfen der Maximilianhütte ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall. Aus undicht gewordenen Röhren strömte Gas aus, wodurch 28 Hüttenarbeiter teils schwere, teils leichte Gasvergiftungen erlittenen, doch besteht bei keinem Arbeiter Lebensgefahr.

Sensationelle Entführungen in Argentinien.

Für einen Milliardärssohn wird die ganze bewaffnete Macht eingesetzt.

London, 26. Oktober. „Daily Herald“ veröffentlicht aus Buenos Aires die aufsehenerregende Meldung, daß der Sohn des argentinischen Finanzministers, Santiago Sueño, und der Sohn des Milliardärs Araya von einer Verbrecherbande entführt worden sind, um von ihren Vätern ein unerhört großes Lösegeld zu erpressen. Dem jungen Sueño sei es gelungen, zu entkommen. Araya aber befindet sich noch in Gefangenschaft. Die Tat sei allem Anschein nach von der Verbrecherorganisation Mafia ausgeführt worden, die früher in Südlatina große Macht hatte und in Argentinien noch heute Zweigorganisationen besitzen soll. Die argentinische Regierung hat zahlreiche verdächtige Personen verhaften lassen und drei Regimenter Panzerwagen und Flugzeuge eingesetzt, um die Verbrecherbande unschädlich zu machen und Araya zu befreien.

Elf Jahre später!

Eger, 26. Oktober. Ein Prozeß, der die Justizbehörden schon seit dem Jahre 1921 beschäftigt, wurde heute durch das Urteil des Schwurgerichts beendet. Nach dreitägiger Verhandlung wurde der Bergarbeiter Josef Vial, der angeklagt ist in der Nacht zum 22. Feber 1921 den Egerer Josef Dolanský in Hofkov bei Luben ermordet zu haben, von den Geschworenen mit zehn Stimmen gegen zwei Stimmen des vollbrachten Mordes schuldig gesprochen und zu zwanzig Jahren schweren Kerlers verurteilt. Der Verteidiger, Dr. Kriegelstein, meldete Richtigerkeitsbeschwerde und Berufung an.

Ziehung der Klassenlotterie

40.000 K: 87.512
20.000 K: 83.807
10.000 K: 21.110, 37.227, 78.368, 99.122
5000 K: 170, 21.844, 25.392, 27.720, 28.276, 26.942, 47.636, 49.454, 49.817, 57.176, 60.175, 61.033, 61.475, 69.293, 70.265, 70.981, 87.382, 101.623
2000 K: 7.033, 11.452, 12.891, 17.190, 18.471, 19.519, 19.613, 19.834, 20.947, 22.274, 23.766, 28.566, 29.268, 29.409, 33.242, 39.235, 42.658, 43.062, 43.430, 51.721, 51.908, 52.992, 55.639, 57.538, 58.183, 61.788, 63.201, 63.636, 68.714, 64.972, 65.678, 68.119, 72.740, 74.792, 77.380, 78.632, 81.158, 85.217, 87.487, 90.712, 93.109, 96.704, 100.848, 108.791
1200 K: 232, 3073, 6814, 9368, 6324, 7900, 8914, 11.714, 14.790, 20.536, 23.987, 27.880, 28.869, 29.472, 34.830, 37.289, 43.130, 44.663, 54.392, 59.923, 60.803, 64.335, 64.947, 66.123, 68.538, 71.306, 76.335, 77.311, 77.414, 79.886, 81.778, 84.062, 86.618, 98.906, 99.243
Der Treffer von 40.000 K entfällt auf Karlhader Spielkerl, der von 20.000 K auf seine Spieler in Böhmen.

Das Geheimnis des Grabes.

Vor einiger Zeit ging durch die Presse die Meldung, daß für die 100 Millionen Mark betragende Hinterlassenschaft des im Jahre 1880 aus Ungarn nach Australien ausgewanderten Oberleutnant Gaspar Horvath ein Erbe gesucht werde. Es hieß in der Meldung weiter, daß für den Fall, daß sich kein Erbe fände, das Vermögen im Jahre 1935 der Stadt Sidney zufalle. Es hat sich nun herausgestellt, daß allem Anschein nach der in Frage stehende Oberleutnant Gaspar Horvath mit einem gewissen Leutnant desselben Namens, der in der Zeit um 1880 herum beim Pommerschen Infanterieregiment Nr. 4 in Greifenberg diente, identisch ist. Die in ärmlichen Verhältnissen in Pommern lebenden Nachkommen des angeblichen Erblassers sind nun bemüht, ihre Rechte geltend zu machen.

Horvath soll nach der Darstellung der Beteiligten und des sie unterstützenden Rechtsanwalts seinerzeit als Offizier in Greifenberg der Vater eines unehelichen Kindes geworden sein; die Mutter war angeblich ein Dienstmädchen namens Marie Luise Otto. Gaspar Horvath soll von Greifenberg nach Ungarn ausgewandert und später von dort nach Australien überfördert sein, weil er angeblich in Ungarn infolge einer Schmutzaffäre eine Kerkerstrafe von etwa zwei Jahren verbüßen sollte. Von Australien aus soll Horvath, wo er eine rasch aufblühende Handelsgesellschaft gegründet hatte, ab und zu der Mutter seines unehelichen Sohnes Unterhaltsbeiträge geschickt haben.

Schrecklicher Tod eines Lokomotivführers. Aus Lyrnau wird berichtet: Der Lokomotivführer Alois Hruschka aus Reutza geriet in Böhmb unter eine fahrende Lokomotive und wurde in Stücke gerissen. Hruschka führte einen Lastzug von Reutza nach Radoschowa. In Böhmb, wo der Zug hielt, ging er über die Geleise zu dem ihm bekannten Führer eines Personenzuges, der gleichfalls Aufenthalt hatte. Plötzlich begann sich Hruschka, daß für ihn die Zeit zur Abfahrt gekommen war, ließ über das Geleise, bemerkte aber nicht, daß eben eine Vorschublokomotive heranwaukelte. Der Unglückliche kam unter die Maschine und wurde zerstückelt.

Ein Autobus überfährt einen Arbeiter. Gestern früh ereignete sich bei Mariaschein ein tödlicher Autounfall, über den uns ein Augenzeuge folgende Einzelheiten berichtet: Etwa gegen sieben Uhr 40 früh fuhr ein Autobus von Mariaschein nach Teplich. Unterhalb der Steingutfabrik bei Mariaschein auf der Verbindungsstraße von Mariaschein zur Staatsstraße (beim ehemaligen Doppelhofschaft II) fuhr mit einem Handwagen der in Gruppen wohnhafte 70 Jahre alte Bergmann Gudra, neben welchem seine zwei Enkelkinder gingen. Gudra fuhr auf der linken Seite der Straße. Als er die Signale des Autobusses hörte, gab er den beiden Kindern einen Wink, sie mögen ausweichen. Gudra selbst ging dabei einige Schritte nach rechts und kam dadurch gegen die Straßenmitte. In diesem Augenblick gab der Autobus neuerlich ein Signal, das den alten Mann so erschreckte, daß er statt zur Seite, einen Schritt weiter nach rechts sprang. Trotzdem der Chauffeur des Autobusses versuchte, seinen Wagen sofort zum Stehen zu bringen, wurde Gudra von der Lampe des Wagens erfaßt, zu Boden geworfen und überfahren. Er erlitt eine schwere Wunde auf der Stirn und am Hinterkopf und war sofort tot.

Schadenfeuer bei Görlau. In Pirkau bei Görlau ist im Einfamilienhaus des Maurers Theodor Mittelbach aus bisher nicht aufgeklärter Ursache ein Brand entstanden, dem das Gebäude bis auf die Grundmauern zum Opfer fiel. Im letzten Augenblick gelang es, ein schlafendes Kind aus dem brennenden Hause zu retten. Die gesamte Habe der Familie ist dem Feuer zum Opfer gefallen.

Gefasste Tabaksmuggler. Aus Weipert wird uns berichtet: Im anschließenden Oberbärenstein wurde von einem Beamten der Grenzaußwachtstelle ein Mann gestellt, der 140 Pakete tschechoslowakischen Tabaks bei sich trug. Dieser Tabak sollte mittels eines bereitgestellten Motorrades weiterbefördert werden. Außer der Beschlagnahme des Schmugglergutes und der zu gewärtigenden hohen Zollstrafe haben die beiden Räuber — denn auch der Motorradfahrer war an dem Gefangen des Schmuggels interessiert — noch den Verlust des Fahrzeuges zu beklagen.

Freitod eines Betrugsteilers. Kommerzienrat Delaport, der im Prozeß gegen die Direktoren der „Bayerischen Elektrizitätslieferungs-Gesellschaft“ zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 6000 RM verurteilt worden war, hat sich Dienstag nachts mit Gas vergiftet.

Einem Nazi wird „heimgegeigt“. Die Leitung des Frankfurter Vorkameralevereins hatte, wohl auf Weisung der obersten Rundfunkbehörde, als Solisten ihres Montags-Konzertes den Geiger Gustav Havemann verpflichtet, der als Dirigent eines Berliner nationalsozialistischen Orchesters sich parteipolitisch sehr stark exponiert hat. Vor und während des Konzerts kam es zu politischen Kundgebungen. Auf der Straße wurden Handzettel verteilt, die zum Boykott des tschechischen Rundfunks aufforderten und das Verhalten Havemanns glorifizierten, der für Geld das Konzert des „Juden“ Wendelsohn spielte. Als Havemann das Podium betrat, wurde er mit einem Pfeiffkonzert empfangen. Schließlich konnte das Konzert ohne Störung zu Ende geführt werden. Am Schluß des Musikstückes begann Beifall und Pfeiffkonzert aufs neue.

Es wird nun behauptet, daß der angebliche im Jahre 1889 geborene uneheliche Sohn des Horvath, Wilhelm Otto, um 1900 herum wegen des Horvath'schen Nachlasses vor dem Amtsgericht in Greifenberg verurteilt worden sein soll. Er soll den Nachlaß seinen Kindern vermacht haben. Das eine der Kinder — die Arbeiterchefrau Auguste Taut geborene Otto aus Schmalentin bei Greifenberg in Pommern — erklärt, daß sie bei Abwesenheit des Erblassers gelegentlich einmal auf einem Schreiben des Amtsgerichts — wahrscheinlich auf einer Testamentabtschrift — die Unterschrift Gaspar Horvath's gesehen habe. Ihr Vater habe dann nur noch auf dem Krankenzettel kurz vor seinem Tode von der Urkunde gesprochen. Er soll Frau Taut um Aufbewahrung seines Gebetbuches gebeten haben, da es seine Urkunde enthalte. Frau Taut gibt nun an, daß sie dem Vater das Gebetbuch nach flüchtiger erfolgloser Durchsicht mit ins Grab gegeben habe, zumal ihr die Erklärungen ihres Vaters unheimlich gelungen hätten.

Als Frau Taut in der Zeitung las, daß von Sidney aus die Horvath'schen Erben gesucht werden, ließ sie den Sarg ihres Vaters öffnen und nach der Urkunde durchsuchen: es waren aber nur noch die Deckel des Gebetbuches vorhanden. Das Papier des Gebetbuches war vollkommen zerfallen.

Eine verhäufte und eine gefaschene Autolokomotive. Ein Berliner Kraftfahrer bemerkte Montag abends bei Wannsee, quer über den Weg gespannt, ein Drahtseil. Auf der einen Seite war es an einem Junpflanz befestigt, auf der anderen an einem Baum verankert. Es befand sich etwa 30 Zentimeter über dem Erdboden. Vorsichtiges Fahren hat die Ansätze des Kraftwagens vor Unfall bewahrt. — Zwischen einem Kraftwagen und einem Straßenbahnwagen ereignete sich Dienstag abends in Leipzig ein Zusammenstoß, bei dem zwei Personen getötet und eine schwer verletzt wurde. Der Kraftwagen wurde zertrümmert.

Drei Todesopfer eines Familiendramas. Der Gerichtshof von Rünzschitten hatte der Scheidungsklage eines Bauern aus einer Gemeinde im Komitat Baranya stattgegeben und den Mann zur Zahlung eines monatlichen Unterhaltsbeitrages an die geschiedene Gattin verpflichtet. Hierauf hat der Mann seine geschiedene Frau und deren Mutter, als sie von der Gerichtsverhandlung heimkehrten, auf der Landstraße angegriffen und beide erschlagen. Der Täter flüchtete sodann in seinen Weinkeller und erhängte sich dort.

Schwere Gefängnisstrafen wegen Drogen-Schmuggels. Vom Berliner Schöffengericht wurden der Bankdirektor Heinrich Dietrich wegen Drogenvergehens zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und 40.000 Reichsmark Geldstrafe, wegen Beihilfe der Bankdirektor Ruden Kohn und der Kassier Julius Vietz zu je sechs Monaten Gefängnis und je 3000 Reichsmark Geldstrafe verurteilt. Dietrich wurde vorgeworfen, für 700.000 Reichsmark Effekten aus holländischen und schweizerischen Besitz verschoben zu haben. Den Gegenwert legte er zwar auf Sparkonto an, führte aber dann das verrentenamtete Geld in kleinen Beträgen ins Ausland.

Ein Schach-Großkampf in Pilsen. Dienstag, den 25. Oktober, kam auf Einladung der Pilsener Schachklubs Schachmeister Rühr nach Pilsen, um eine Simultanpartie gegen 46 Spieler, Mitglieder von Pilsener Schachklubs, zu spielen. Rührs Produktion lag sich bis über Mitternacht hinaus. Nach sechsundzwanzig Spielen gewann Rühr 35 Partien, 3 verlor und 7 remiserte. Er verlor gegen Jelenka, Kubal und Seif.

Ein roter Genossenschaftsdorfscher. Bei der Bezirkswahl haben die sozialdemokratischen Gewerbetreibenden die Wiener Schuhmachereimergensgenossenschaft erobert. Zum Vorsteher wurde der sozialdemokratische Kandidat Urbanek gewählt. Er erhielt 2607 Stimmen, während auf den Kandidaten der Nazi und der „Unabhängigen“ — einer Mischgruppe der Heimwehler und anderer Splitterguppen — 2070 Stimmen entfielen. Damit haben die Sozialdemokraten die zweitgrößte der Wiener Gewerbetreibendengruppen erobert. Die breiten Schichten der Gewerbetreibenden erkennen immer deutlicher, daß nur die Sozialdemokratie wirklich ihre Interessen zu vertreten vermag!

Das Drama im Busch. Ein tragisches Nachspiel fand die Errettung der deutschen Piloten Dietrom und Klausmann, die, wie erinnerlich, ein günstiges Geschick in letzter Stunde dem Hungertode im australischen Busch entriß. Dietrom ist vollkommen wiederhergestellt und hält in den größeren Städten Australiens Vorträge über seine Erlebnisse. Klausmann aber scheint bedenkliche geistige Schädigungen davongetragen zu haben; er führt wirre Reden, erkennt seine Freunde nicht usw. Ärzte beobachten ihn.

Ein Nazi ermordet seine Frau. In Stendal wurde am Dienstag die 25 Jahre alte Ehefrau des Maurers Karl Jolas ermordet aufgefunden. Der Leichnam, der in einem verdeckten Brunnen schwamm, wies zahlreiche Stiche auf. Der Ehemann der Ermordeten, der allem Anschein nach das Verbrechen verübte, ist flüchtig. Bis vor kurzem war Jolas eifriges N.A.M.a.n., noch heute ist er Mitglied der NSDAP.



Das ARBEITER-JAHRBUCH ist erschienen

Intales Mißverständnis. Theo hat Thea geheiratet. Beim Hochzeitsmahl stiegen allerhand schöne Reden. Schließlich soll auch Theo selbst eine Rede halten. Jägernd steht er auf, legt seine Hand auf Theas Haupt und sagt: „Berechne Anwesende! Man hat mich hierzu gezwungen — gewollt habe ich es nicht!“ Brüllendes Gelächter der Anwesenden. Riefart vor Verlegenheit stammelt Theo: „Ich meine doch die Rede und nicht meine Braut.“

Neunzig Jahre Frauenstudium. Lange, bevor die Frauen in Deutschland zum Universitätsstudium zugelassen wurden, hatten sich ihnen die Schweizer Universitäten erschlossen. Die erste weibliche Studentin weist Zürich auf im Jahre 1840. Später öffneten sich den Frauen auch die übrigen Schweizer Universitäten. Die ersten in Deutschland tätigen Ärztinnen, Frau Tiburtius und andere, haben noch in der Schweiz studiert.

Interessante Altertümer. Zwei vierhundertjährige Eichenstämme sind bei den Ausbesserungsarbeiten an der nördlichen Kirchenmauer in Veußen entdeckt und ausgehakt worden. Allem Anscheine nach dienten sie als Stütze eines im Jahre 1591 erbauten Balkenbretterhäuschens, dessen Dach 1869 abgetragen wurde. Die zwei mächtigen vier Meter hohen Äste haben die 341 Jahre dauernde Einmauerung gut überstanden.

Das verkaufte Kind. Während einer Eisenbahnfahrt in der Nähe von Pontose (Frankreich) kaufte eine Dame von einem Mitreisenden ein Kind gegen Zahlung von zehn Franken. Der merkwürdige Fall kam erst zur Kenntnis der Behörden, als die Käuferin beim Gericht um Adoptionserlaubnis ersuchte. Es wird jetzt untersucht, ob die Adoption dem Kinde von Vorteil sein kann.

Statistik der Menschheit. Nach einer vom Völkerbund herausgegebenen Statistik leben auf der Erde 2.012.800.000 Menschen.

Gerrlichen Zeiten entgegen

30 Tage wirksames Gas.

Die Militärchemie der Vereinigten Staaten hat das Gas Xperit, das schon während des Krieges angewandt wurde, zur Füllung von Luftbomben verwandt und deren Wirksamkeit allmählich bis zu kaum vorstellbaren Grenzen gesteigert. Amerikanische Militärflieger haben in jüngster Zeit Abwurfversuche mit Luftbomben durchgeführt, die zehn Tonnen schwer sind und bis zu fünf Tonnen Xperit enthalten. Die Ergebnisse der Versuche werden geheim gehalten. Man kann sich aber ungefähr eine Vorstellung von der Wirkung machen, wenn man bedenkt, daß nach Soderverständigenurteilen zehn Tonnen Xperit genügen, um einen Quadratkilometer vollkommen zu vergiften. Das Xperit gehört zu den wenigflüchtigen Gasen, denn es bleibt auf offenem Gelände bei mäßiger Windstärke zwei bis acht, ja bis zehn Tage liegen; in Städten und in Gebüsch und Wald, wo es zusammengehalten wird, ist seine Wirksamkeit noch nach dreißig Tagen festgestellt worden. Die Tiefenwirkung einer nur zwei Tonnen schweren Luftbombe beträgt bereits 7,5 Meter. Danach kann man sich ungefähr eine Vorstellung von der Wirkung der neuen Gasbomben machen.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Freitag.

Prag: 6.15: Sonntags, 11: Rundfunk, 12: Prager Klavierkonzert, 18: Deutsche Sendung; Unser Heimat im Lied, 20: Philharmonisches Konzert. — Brünn: 18: Deutsche Sendung, Sieder, 22.30: Solfisblaskapelle. — Berlin: 14: Ansgars Opern, 16.30: Sieder. — Breslau: 18: Solfisblaskapelle, 22.50: Orchesterkonzert. — Hamburg: 20: Mozart. — Königsberg: 20.05: Große Messe; F-Moll von Beethoven. — Laugenburg: 21.30: Abendkonzert, 22.30: Wörüber man in Amerika spricht. — Wien: 20.15: Substendentscher Abend, 22.20: Alte und neue Schlager.

PRAGER ZEITUNG.

Die Liga für Menschenrechte

Hier Dienstag abends im Saal des Gewerkschaftshauses unter dem Vorsitz des Professors Emanuel Radl ihre Generalversammlung ab, eingeleitet von einem Vortrag Otto Lehmann-Rußbüdts-Berlin, über die Lage in Deutschland; wir sind von der ehrlich demokratisch-republikanischen Gesinnung des bekannten deutschen Pazifisten zu sehr durchdrungen und wissen die Existenz solcher letzter Reste aufrechten aufständigen Bürgertums zu sehr zu schätzen, als daß wir über den Inhalt des Vortrags mehr als die Feststellung seiner Bescheidenheit verzeichnen wollten.

Die Generalversammlung selber bot leider ein sehr unerschütterliches Bild und bestätigte, daß diese Liga über die Kinderkrankheiten noch nicht hinausgekommen ist. Zwar hat der Tätigkeitsbericht, den Valina erstattete, eine Menge Positives aufzuweisen; aber der Eindruck dieser Arbeit wurde und wird fast vollkommen verwischt durch die Lebendigkeit und Stärke, mit der in dieser Versammlung die inneren Gegensätze in der Liga aufbrachen. Gleich zu Beginn verteilten Geschäftsordnungs- und ähnliche Debatten, deren Leitung der Vorsitzende sich nicht gewachsen zeigte, das Vorhandensein einer geschlossenen, stark kommunistisch angehauchten und gegen den Vorstand gerichteten Opposition. Den Stein brachte Dozent Dr. Hecht ins Rollen, indem er für den Amtsvizier Radl plädierte, der, unter anderem, mit einer von der sozialistischen Tendenz schwer abirrenden Proklamation über den § 144 die Unzufriedenheit des größten Teils der Ligamitglieder hervorgerufen hatte. Die Wechseltrede, die sich bis in die zweite Morgenstunde (!) hinzog, förderte dann auch mancherlei schmutzige Wäsche jutage, so daß man als Gast einen sehr schlechten Eindruck von dem inneren Leben dieser Organisation erhielt. Dr. Bill, um den sich die Organisation gruppierte, verließ schließlich den Vriewechsel zwischen Radl und ihm selbst. Radl kann dem Bill Disziplinlosigkeit vorwerfen, Bill wieder dem Radl ebenwiederholtes Abirren von der Aufgabe genügend harter Vertretung der Menschenrechtsziele. Die Opposition hatte dem offiziellen Wahlvorschlag einen eigenen entgegengesetzt, der mit großer Majorität angenommen wurde und durch den Prof. Radl, aber auch manch anderes Mitglied des alten Präsidiums, namentlich von der Vereinskönigin ausgeschiedet ist.

Erwähnenswert ist noch, daß in der Versammlung auch die Haltung des Prager „Montagsblatt“ eine ziemliche Rolle spielte; dieses Blatt hatte tags vorher in einer Meldung den Eindruck zu erwecken gesucht, als ob nationale Gegensätze zur Zerklüftung und Gefährdung der Liga geführt hätten. Wir halten uns freudig verpflichtet, festzustellen, daß selbst in den stürmischsten Situationen der Generalversammlung auch nicht das leiseste Moment zu bemerken war, das die Intaktheit der Liga in der Richtung klarer internationaler Zusammenarbeit angezweifeln ließe. Die Betroffenen müssen es mit sich selber ausmachen, wie sie es ertragen — ein Vertreter war ja anwesend — daß die Kritik bis zur offenen Formulierung der Charakteristik „Schundblatt“ führte.

Ob die höchst peinlichen Auseinandersetzungen in der Generalversammlung und ihr endliches Ergebnis der Liga förderlich sein werden, steht dahin. Wünschenswert wäre es und wünschenswert ist vor allem, daß die Liga nach dem Verlust einer um die tschechisch-deutsche nationale Verständigung so verdienstlichen Persönlichkeit wie der Radls, auch in dieser Hinsicht werde so weiterwirken können, wie es die Idee der Liga verlangt.

Einheitlicher Ladenschluß und Geschäftsstunden. Man schreibt uns: Aus vierjähriger Praxis des Einkaufens ergaben sich unter anderem die folgenden Beobachtungen: der mittägliche Ladenschluß erfolgt in den Geschäften ganz willkürlich. Manche schließen um 12 Uhr, andere um 1 Uhr, halb 1 Uhr, 1.30 Uhr, manche überhaupt nicht. Man möchte ein Verzeichnis dieser Händler-Kontaktsstunden bei sich tragen, um nicht Wege vergebens zu machen. Am schlimmsten wirkt sich diese Willkür gegenüber Fremden und nicht in der Stadt Wohnenden aus. Es gibt eine große Anzahl Geschäfte, die zu beliebiger Stunde des Tages ganz einfach gesperrt werden, weil Inhaber oder Inhaberin „einen Weg“ haben, aber keine Vertretung. Die Personal-Erparnis muß sich doch in Verlusten ausdrücken! Außerdem spricht Willkür durchaus nicht für die Solidität des Geschäftes. Der Ladenschluß erfolgt einigermassen gemäß Gewerbeordnung, aber doch nur „so, als ob“. Jetzt der Einfender nicht, so haben Geschäftseigentümer die Gewerbeordnung die Verpflichtung der Einhaltung genauer Stunden des Öffnens, Offenhaltens, der Mittagspause und des Schließens. Die Bevölkerung würde sich auch von diesem Punkte aus an Ordnung gewöhnen. In allem kommt noch, daß in verschiedenen Branchen nach Geschäftsabschluss den Angestellten „interne Angelegenheiten“ des Geschäftes befragt werden müssen, ohne Nebenstundenbewältigung, ohne Entgelt, unter eifernem Zwange aus der Not der Zeit, die von den vielen

Unternehmern schamlos ausgenutzt wird. Als konkreten Fall: einem Oberbuchhalter, der wegen Firmenbankrott die Stellung verlor, die er zwölf Jahre innehatte, wurde von einem Wenzelsplatzgeschäft zugemutet: Ausbisse als Verkäufer, Dienstamt bis höchstens 7 Uhr morgens und Vorarbeiten abwechselnd Mittagsdienst, noch Ladenschluß Auftragsarbeiten, keine Anmeldung zur Krankenkasse etc., weil nur gegen Lohngeld von 24 zu 24 Stunden immer neu aufgenommen; Lohngeld: 10 K. Daß der Mann trotz aller Not nicht gerade höflich ablehnte, spricht nur für seinen Charakter. Die Gewerbe-Inspektoren, die Schutzleute, die Zivil- und Steuer-„Spitzel“ sind hinter allem möglichem her, nur nicht hinter dem, was sie interessieren müßte: das geschäftsfördernde Prinzip der Ordnung, Pünktlichkeit, Korrektheit und Sauberkeit der Waren-Aufbewahrung, der Schutz des Angestellten gegen Ausbeutung, Übermüdung usw. R. B.

Der Sonderausflug zu dem Fischfang im Teiche „Zvot“ am 2. November ist gesichert und wird von Prag-Wilsonsbad um 6 Uhr früh abgehen und um 9 Uhr zurückkehren. Der Preis von 63 K sind inbegriffen: die Fahrt hin und zurück, Fische gratis, Begleitung, Unfallversicherung, Mittagessen und Saft. Es erfolgt auch eine Besichtigung des dortigen Präsidiums. Anmeldungen an der Kassa Nr. 13 auf dem Wajaryschhof. Anzahlung 30 K.

Gerichtssaal

Defraudant Chudy — zehn Monate.

Die Unterschlagungen in der Sterbefasse bei Kolben-Danek.

Prag, 26. Oktober. Heute wurde vor dem Senat des OGH Svamberk die Strafsache gegen Franz Chudy ausgetragen, dessen Affäre seitzeitig großes Aufsehen erregt hatte. Chudy war nationalsozialistischer Funktionär, Vorsitzender des Betriebsausschusses und verwaltete zugleich die Sterbefasse der Arbeiterkassa. Die Beiträge betragen 1 bis 3 K pro Kopf und Woche, wofür im Sterbefall ein Begräbnisbeitrag ausbezahlt wurde, und zwar, in der Höhe von 1600 K, wenn der Verstorbene eine Frau hinterließ, und 800 K, wenn die Hinterbliebenen andere Verwandte waren.

Eine unerwartete Kasseffektivität im Frühling d. J. ergab nun zunächst einen durch keine Belege gedeckten Fehlbetrag von 37.000 K, den der Angeklagte jedoch erzielte. Er versuchte sich damit zu rechtfertigen, daß er diese Summe (die sich nur auf das Jahr 1930 bezog) zu Gunsten eines Sekretärs der Firma erlegt habe, um angeblich für den Fall einer Fusionierung, von der damals viel gesprochen wurde, den Arbeitern dieses Kapital zu bewahren.

Aber die nun fortgesetzten Erhebungen zeigten bald, daß es sich nicht nur um diesen Betrag handelte. Schon seit 1929 hat sich Chudy ständig unregelmäßig zu eigenem Nutzen Sterbefassträger liquidieren lassen und in der üblichen Art das betrügerische Defizit durch immer neue Betrüge decken lassen. Für 1929 und 1930 ergibt sich isoliert ein defraudierter Betrag von 146.000 K. Die Erhebungen gestalteten sich ziemlich schwierig und kompliziert. Alles in allem fehlten Buchungsbelege für eine Summe von 168.000 Kronen, von denen etwa 25.000 K als vermutlich gerechtfertigt abgeschrieben wurden.

Chudy bekannte sich schließlich zu seinen Unterschlagungen, beziffert aber den defraudierten Betrag nur mit 100.000 K. Ueber die Verwendung der verurteilten Summen befragt, erklärte er, er habe das Geld zu „Repräsentationszwecken“ verbraucht. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zehn Monaten schweren Kerker, gewährte ihm aber eine Bewährungsfrist in der ungewöhnlichen Dauer von fünf Jahren, während welcher er den Schaden nach Möglichkeit gut zu machen hat. Der Staatsanwalt Dr. Spinar meldete Verurteilung wegen zu geringen Strafmaßes und vor allem wegen Zuerkennung der bedingten Verurteilung an.

Eine Entführung.

Plebeausch und Rajenhammer.

Prag, 26. Oktober. Der 20jährige Josef Sahn hat sich durch einen dummen Streich um seine Existenz gebracht. Motiv: die Liebe. Der Angeklagte war Schauspielerdebutant und verheiratet in die 18jährige Verkäuferin Milada, welche im Warenhaus „Alo“ angestellt war. Die beiden Kinder des Ehepaars verhielten sich nicht gern, denn die Eltern sahen das Verhältnis nicht gern. Die Mittel zu der geplanten Flucht beschaffte sich der Zwanzigjährige durch einen Diebstahl, und zwar stahl er aus dem Zirkus der Bezirksgericht eine Sarsibmaschine. Sein Vater ist dort als Kasseffektiv beschäftigt und so nutzte er die Gelegenheit aus. Einer seiner Bekannten trug die Maschine ins Verjany und erhielt 100 K dafür.

Zunächst kaufte Sahn aus eine Flaubertpistole, vermutlich, um die romantische Stimmung zu steigern. Dann fuhr das Pärchen in die Taborer Gegend und verbrachte dort einige angenehme Hüttertage, bis ihnen schließlich das Geld ausging. Der Diebhaber griff nun aber keineswegs zu der Pistole, sondern ließ ganz einfach das Mädchen sitzen und verschwand. Der Plebeausch war verfliegen.

Da es sich um eine Minderjährige handelt, die er, wenn auch mit ihrem Einverständnis, der Obhut ihrer Eltern entzogen hatte, machte man ihm den Prozeß wegen Entführung und Selbstverwundung auch wegen Diebstahls. Die hiesige Hauptgenie würdigte den „Entführer“ keines Mordes. Er erhielt keine leibliche Strafe: vier Monate Kerker — unbedingt!

Kino von heute.

Aktualitäten und Journale bei Purian. Purian's Logeskin (es wird ununterbrochen von halb 1 bis halb 8 Uhr gespielt) bringt diese Woche viele Journale mit den gewohnten Remen, Manövern, Ansprachen (auch von Venek) und geht bei dieser Gelegenheit zwei Kulturdokumente: den Heidenfriedhof der französischen Legionäre, viele tausende Grabstätten, die jedoch von denselben Herrn angehäufert werden, die in Genf zu keiner Krönung kommen können, und dann Belfast, wo es belanntlich Straßenkämpfe gegeben hat. „In Belfast ist wieder Ruhe und Ordnung“ lautet der Titel und gleich darauf steht man als Argument der herrschenden Ruhe einige Tante, befehlt mit Schwerbewaffneten und armiert mit einigen erstklassigen Maschinengewehren; auf den Barrakken läßt der Operateur zur Unterhaltung der Kinoparkett der Welt Kinder Ränder und Gendarmen spielen, mit etwas Geldrei, damit man hört und sieht, wie übel es doch um solche „Anraben“ bestellt ist. Seien wir froh, daß es der Regierung gelungen ist, mit ihren (obigen) wirkungsvollen Argumenten Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. W. Lg.

„Die Blutsauger.“ Der Titel läßt nicht ahnen, daß sich hinter ihm einer der interessantesten Reize wohl kaum Kinofilme aus dem wilden Afrika verbirgt. Er wurde während der Forschungsreise des Barons Goussard-Audner gedreht und war nur für die französischen Kulturen bestimmt, wurde also nicht im Hinblick auf die kommerzielle Kintoppopularität geschaffen. Darauf ist es wohl auch zurückzuführen, daß es hier endlich einmal keine eingewohnte Handlung von romantischer Liebe in wilderer Gegend gibt, wie etwa im „Trader Horn“. Nachteilig wird dem Werk als Film (wir können uns hier an dieser Stelle mit dem rein wissenschaftlichen Wert nicht auseinandersetzen), daß der Realismus, die geradezu peinliche Wahrheitsstreue, S. B. der Darstellung, wie die Massentiere lebenden Kühen Blut abzapfen oder aus dem eben erschlagenen Tier reinen für einen Kerker kann tragbar ist. Man darf das Kino nicht mit dem Seminar einer medizinischen Fakultät verwechseln. Ebenso wahr, aber fürs Kino nicht wieder ungeeignet ist es wohl, wenn immer wieder gezeigt wird, wie die Köpfe mancher Neger nicht mit Schwanz, sondern mit Fliegen bedeckt sind. Aber abgesehen von diesen Entstellungen, die meiner Ansicht nach gar nicht zum Belustigen einer Kinobildung durch Amateure gehören, gibt der Film

eine Sammlung interessanter Bilder, die größtenteils mittels Fernrohr aufgenommen sind und darum verblüffende Details aus dem Leben der Tierwelt bringen. Damit hängt aber wieder zusammen, daß die Bilder teilweise ganz unscharf, matt und kontrastlos sind. Das kann aber auch darauf zurückzuführen sein, daß man auf dieser Expedition nicht genügend empfindliches Filmmaterial verwendet hat. Der Film zeigt eingangs Marseille, Port-Said, den Suezkanal, Aden und dann Romassa. Von hier geht es mit dem Auto durch die Steppen, wobei eine Verfolgung von Hyäne und Strauß mit dem Auto technisch besonders gelüftet ist, dann zu den ungeheuren Seen von Flüßchen, auf die Löwen- und Nashornjagd, zu den Zwergvögeln, den ungeheuren Zambesfällen, der Wüste Kalahari, den Industrieländern der südafrikanischen Republiken und schließlich nach Sankt Helena, wo Napoleons Gedächtnis. Sollten noch einige dieser Filme zu sehen sein, so wird sich unsere Bevölkerung in diesen Gegenden ziemlich gut auskennen. Es wäre nur zu erwägen, ob die Verblüfftheit etwas mit Kultur zu tun hat (von der Eingeborenfrage nicht zu sprechen!). W. Lg.

„Gräfin Marija.“ Was an dieser Operette erfolgreich war, hat der Film genommen; geblieben ist eine mahllose Aufeinanderfolge von Theaterjahren, die je nach den finanziellen Möglichkeiten auf einem stowakischen Schloss bei Preßburg oder in Reubalsberg bei Berlin spielen. Autor dieser „Verfilmung“ ist jener Richard Oswald, der sich mit dem „Trepshaus“, 1914, ja noch mit „Arm wie eine Kirchenmaus“ einen Namen in der Tonfilmwelt geschaffen hat und von dem man mit Recht etwas mehr erwarten hätte, als daß er den heute schon allfälligen Herrn Marjasta in guter Beleuchtung gestalten und singen läßt. Eine Operette sollte — mit genügend Temperament vorgetragen — auf der Bühne weit wirken; im Film muß aber das Publikum laden (was auch prompt eingetreten ist), weil ein offener Sängerkreis in Großaufnahme eben lächerlich ist ebenso wie jede Ideenlosigkeit, wenn die erdarmungslos realistische Kamera für aus der Kulissenwelt reißt. Noch bedient ist auch die Titelrolle mit jener Dorothea Wied, die als eine der wenigen deutschen Filmfünftierinnen gelten konnte; ihre Diktion ist dieser Operette gegenüber ist einfach lächerlich. Schade um die viele Arbeit! Das Premierrepublikum lachte dort, wo das Magdarenberg mit Selgen und Chymbol zu leben bestiebt! W. Lg.

Bezirksorganisation Prag

Anlässlich des in den Tagen vom 29. Oktober bis 1. November 1932 in Prag stattfindenden

Parteitages

beraufstaltet die Bezirksorganisation am Sonntag, den 30. Oktober 1932 in der „Kleinen Bühne“ (Havlíčetplaz) eine geschlossene Theatervorstellung

„Dreimal Offenbach“

Beginn 8 Uhr abends. Nur für Parteimitglieder und deren Angehörige jugendlich. Kartenvorverkauf bei Gen. M. Deutsch, Graben, gegen Vorweisung der Parteilegitimation. — Preise: Kz 18.—, 14.— und 10.—. Da ein Teil der Karten für die Parteibezirgsleiter reserviert bleibt, werden die im Vorverkauf erhältlichen Karten reich vergriffen sein und es empfiehlt sich daher sofortige Bestellung. Eventuell noch restliche Karten werden im Büro des Parteitages (Produktionsbüro) am Sonntag nachmittags verkauft.

Die Bezirksvertretung.

Kunst und Wissen

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag, halb 8 Uhr: „Cavalleria rusticana“, „Pajazzo“ (C. I.). — Freitag, 6 Uhr: „Die Meisterlinge von Nürnberg“. — Samstag, halb 8 Uhr: „Der Ruf vor dem Spiegel“, Ensembleoperette von Dagover — Ernst Deutsch (A. A.). — Sonntag, halb 8 Uhr: „Am weißen Rößl“ (A. B.); halb 8 Uhr: „Der Ruf vor dem Spiegel“, Ensembleoperette von Dagover — Ernst Deutsch (A. A.).

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag, 8 Uhr: „Cocuz-Bude“, Bauernkomödie II. — Freitag, 8 Uhr: „Kallisto“, 4 Akt, Kulturverbandskomödie. — Samstag, 8 Uhr: „Werkend“. — Sonntag, 3 Uhr: „Rina“; 8 Uhr: „Dreimal Offenbach“, Festvorstellung anlässlich der sozialdemokratischen Parteitages.

Aus der Partei

Jugendbewegung.

Freie Vereinigung jun. Akademiker — S. J. II. Die für heute angelegte Wahl- und Identifizierung mußte verschoben werden. Näheres wird noch bekanntgegeben. Samstag, halb 3 Uhr nachmittags treffen wir uns alle in S. J. II. Sitzung in der Produktionsbüro zur Parteitageseröffnung.

Sport • Spiel • Körperpflege

Bürgerlicher Sport.

Der Wiener Profiklub BAC, im Ausglick. Das Bezirkslandesgericht Wien hat über den BAC, über dessen eigenen Antrag, das Ausglickverfahren eröffnet. Die Forderungen belaufen sich auf 47.475 Schilling an bevorrechteten und 37.750 Schilling an sonstigen Forderungen. Die Klitten werden mit 61.500 Schilling angegeben. Als Aktionär nennt der BAC, auch die Spieler seiner Mannschaft, die mit 15.000 Schilling bewertet werden. Diese Spieler — sie befinden sich in drückender Kollage — warten aber schon recht lange auf die Bezahlung ihrer Löhne.

Disqualifikation des Jekhtampffiegler von Vos Angeles? Die widerliche Komödie im bürgerlichen Sport über das Thema „Amateur oder Profi“ scheint eine Parteilinie zu bekommen. In Amerika wird derzeit eine Untersuchung geführt, ob nicht der Jekhtampffiegler James Davis gegen den Amateurparagaphen verstoßen habe. Davis soll angeblich vor vielen Jahren als ganz junger Sportler in einer Professional-Rugbymannschaft gespielt haben.

Vereinsnachrichten



Adademic. Samstag, den 29. Oktober, im Radio-saal, Weinberge, Dobrova 11. M. Beginn: halb 8 Uhr abends. Auf dem Programm gänzlich neue und Tonportführungen der Turnerinnen und Turner. Als Gäste werden mit der tschechische Frauen-Bewegungsgesellschaft der D. J. I. Kreis und die Arbeitsgruppe der D. J. I. Pantroy. Nach dem Programm Tanz, Kapelle, Papert. Eintrittskarten zu 6 Kz sind im Vorverkauf bei allen Mitgliedern des Vereines zu haben.

Arbeiterverein Kinderfreunde, Ortsgruppe Prag. Montag, den 31. Oktober, nachmittags 3 Uhr im Saale der G. C. C., Prag II, Jugeneroza nam. 4, Kinder nachmittags mit Lichtbildvorträgen, verbunden mit einer Kinderjause.

In das Heim des Klassenbewußten Arbeiters gehört d. Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokr. Arbeiterpartei — „Sozialdemokrat“

SCHÜTZEN SIE IHRE GESUNDHEIT - TRAGEN SIE WARME SCHUHE!

BEI REGEN UND PLANTSCHWETTER

9.-



Größe 27-34 Modell 6812-61
Für Kinder: Ganzgummi-Galoschen. Größe 35-38 K€ 15.- für Herren K€ 19.-

15.-



Für Kinder: lackierte Ganzgummi-Überschuhe warm gefüttert. Gr. 19-26 K€ 15.-, 27-34 K€ 19.-

15.-



Braun Gummi-Galoschen, mit warmem Trikotfutter.

19.-



Für Damen: schwarz lackierte Ganzgummi-Überschuhe mit Samtkragen.

19.-



Ganzgummi-Überschuhe in schwarz oder braun. Futter aus gekämmtem Trikot.

25.-



Elegante Damen-Überschuhe passend für Halbschuhe mit hohem oder niedrigem Absatz

29.-



Schwarze oder braune Ganzgummi-Überschuhe. Warmes Trikotfutter.

15.-



Für die Stadt: praktische, leichte Halbgaloschen, die Sie auf Ihre Füßen kaum verspüren

29.-



Schwarz lackierte Ganzgummi-Überschuhe mit Schnallenverschluss.

Warm und bequem – für die ganze Familie.

Gr. 19-26 12.-

Gr. 27-34 15.-



Damen 25.- Für die Kleinsten: in rot oder blau Damen 9.- Damen 15.- Kinder K€ 9.-
Herren 29.- 5.- Herren 12.- Herren 19.- Damen K€ 12.-

Bei Frostwetter – unsere warmen Meltonschuhe.

15.-



Größe 19-26 Modell 3651-37
Kinder-Meltonschuhe mit Gummisohle. Größe 27-34 K€ 19.-, Damen K€ 29.-, Herren K€ 39.-

39.-



Modern und bequem. Warme Meltonschuhe mit Lack geschmackvoll kombiniert. Zierkragen. Auch mit niedrigem Absatz erhältlich.

39.-



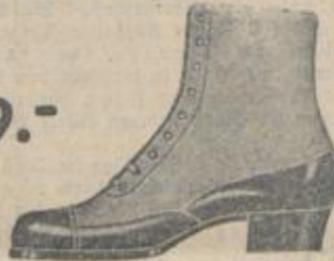
Für Herren: warme und bequeme Meltonschuhe mit Besatz und Sohle aus Gummi. Mit Lederbesatz zum gleichen Preise.

19.-



Größe 19-26 Modell 2051-10
Für Kinder: Meltonschuhe mit Leder- sohle und Zierkragen. Gr. 27-34 K€ 29.-

39.-



Bei Frostwetter. Modell 3075-00
Für Damen: dreiviertelhohe Schnürschuhe aus warmem Melton mit Lederbesatz und -Sohle.

69.-



Herren-Meltonschuhe mit Sohle und Besatz aus Leder. Warm gefüttert. Praktischer Reißverschluss.

FÜR KINDER

FÜR DAMEN

FÜR HERREN

19.-



Größe 27-34 Modell 3162-00
Schnürschuhe aus festem Leder mit starker Gummisohle. Gr. 35-38 K€ 29.-

25.-



Zum Tanz: Atlasschuhe passend zur Farbe ihres Kleides.

39.-



Elegante leichte Tanz-Halbschuhe.



Größe 23-26

19.-



„Generalstiefel“ aus Ganzgummi. Größe 27-34 K€ 29.-, Gr. 35-38 K€ 39.-

29.-



Schwarz oder braun Samt mit Lack komb.

39.-



Braun oder schwarz Box mit Gummisohle

29.-



Elegante Lack-Spangenhalschuhe. Vorderblatt geschmackvoll verziert.

49.-



Mattbox mit Lack geschmackvoll verziert

35.-



festen Arbeits-Schnürschuhe aus durchgefettetem Kuhleder mit starker Gummisohle. Mit Leder- sohle K€ 39.-



Schnürbänder 1 Paar 20 Heller



Schuhknöpfe 50 Heller
Schuhlöffel K€ 1.-



Loofa-Einlagen K€ 2.-
Für Kinder K€ 1.-



Schuhcreme in Schachtel K€ 1.-, 2.-



Kinderstrümpfe:
Dauerhafte Baumwollstrümpfe K€ 3.-, 4.-, 6.-
Damenstrümpfe:
Feste Baumwollstr. K€ 4.-
Künstl. Waschseide K€ 9.- und K€ 15.-

Herrensocken:
Feste Baumwollsocken K€ 1.50, 2.-, 3.-
Glatte Garnsocken K€ 4.-
Flor mit Seide K€ 6.-
Starke Wollsocken K€ 6.-
Sockenhalter K€ 5.-

Bata